

Ersteinstufige Militär
 nachlässig mit dem
 Spielereis verraten. Der halbamtliche Scherpreß ist der
 Auftrag geworden, dem Volke die Pläne der Gewaltüber-
 mittel; der Berliner Sozialanleger gibt die neuen Anschläge
 bekannt. Die tolleren Befürchtungen, a sind noch ungeheuerlich
 weit Wertvollen worden — der Moloß wagt die schärfste Pro-
 vokation des Volkes!

Die Ansprüche des Militarismus lauten:
 Die gesamte Vermehrung wird
 83 000 Köpfe jährlich
 betragen, innerhalb zweier Jahre 4000 Offiziere, 15 000
 Unteroffiziere und 117 000 Mann, was ungefähr
 1,018 Proz. der Bevölkerung, gleichkommt. — Aus diesen Mann-
 schaften werden zunächst einmal die 18 Regimenter, die nur
 zwei Bataillone haben, ihr drittes Bataillon erhalten; außer-
 dem werden durchweg die Kompanien verhäkelt werden, die
 jemalen der Grenzgrenze folgen sogar auf einen höheren Etat
 gebracht werden. Neue Infanterieregimenter werden nicht
 gebildet, wohl aber werden die übrigen Truppeneinheiten neue
 Reutimente erhalten. Es besteht es sich, daß
 6 neue Kavallerieregimenter
 werden angefordert werden, die in der Hauptfache den Grenz-
 lörps zugeteilt werden sollen. Ein Bild in das Buch über die
 Armeeteilung befehrt uns, daß die neue Vorlage auch dem
 8. Corps ein Kavallerieregiment bringen dürfte. — Den drin-
 genden Wünschen, unserer Feldartillerie die nötige Be-
 spannung zu geben, wird auch nachgegeben werden: fast
 30 000 Pferde
 werden verlangt, so daß künftig jede Batterie auch zu Friedens-
 zügen schon mit sechs Geschützen und einigen Munitionswa-
 gen anrücken kann. Dem Verlangen, dauernd Kavallerie-
 Divisionen zu formieren, hat man nicht nachgeben können, man
 begnügt sich mit der Forderung des Kommandeurs, seines
 Adjutanten und Generalstabsoffiziers. Auch ist eine Ver-
 mehrung der Übungen von Kavalleriedivisionen in Aussicht
 genommen. — Wir haben schon mehrfach erwähnt, daß die neuen
 Bestimmungen unter dem Gesichtswinkel eines
 Karten Grenzwinkels im Osten
 vorgenommen werden — ein Teil der einmündigen Ausgaben
 wird bekanntlich zur Verkleinerung unserer Reitungen verwen-
 det —; bemerkenswert müssen unsere Reitungsanlagen auch
 mit ausreichender schwerer Artillerie versehen werden. Die
 Vorlage sieht die Bildung eines
 halben Duzend neuer Kavalleriedivisionen
 vor, denen auch selbständige Maschinenabwehrbatai-
 llonen zugeteilt werden sollen. Man wird in der Annahme
 nicht fehlgehen, daß für die schwere Artillerie des Feldheeres
 ebenfalls eine Vermehrung der Bespannungsabteilungen vor-
 gesehen ist. Die Zahl der
 Schützenkompanien,
 die die Vorlage bringt, wird ebenfalls erheblich sein, auch die
 neuen Unteroffiziersklassen werden durch Aufstellung mehrerer
 neuer Formationen ausgebaut werden, Selbstverständlich muß
 mit all diesem auch eine weitere Vermehrung der techni-
 schen Truppen Hand in Hand gehen. Schloßgraph und Funken-
 telegraph nehmen jetzt so viel Besitze in Anspruch, daß mit
 den bestehenden fünf Telegraphenbataillonen längst nicht mehr
 auszukommen ist, diese sollen fast verdoppelt werden, während
 das Pionierwesen auch um ein halbes Duzend neuer
 Kompanien vermehrt werden soll.

Das ist aber noch nicht alles. Die Scherpreß fährt näm-
 lich weiter auf:
 Nebenher muß natürlich auch das Interdiktionswesen
 seine Ergänzung finden; sämtliche militärischen Interdiktions-
 anstalten werden vermehrt werden. Um schon rechtzeitig die
 nötigen Offiziersstellen besetzen zu können, wird eine Ver-
 schiebung der Ausbildung der Kadetten und Jährlinge ein-
 treten. Alles in allem kann man sagen, daß die Offiziere
 mit einem starken Avancementsfuß rechnen können,
 denn um nicht im Kriegsfalle die Wehrverhältnisse in der
 alten Truppe zu gerichten, werden eine Reihe höherer Offi-
 ziersstellen für die Reserveformationen jetzt schon festberet
 werden. Daneben hält man selbstverständlich an der Forder-
 ung erheblicher Mittel für Zwecke der Auffüllung fest.

Somit die Mitteilung. Was man genügt war, als Aus-
 geburt einer besonders regen Phantasie zu bewerten, ist hier
 durch die Zahlen übertrieben worden.
 Eine Militärvorlage, wie sie in solchem Umfange noch niemals
 gewesen!

Auch die unterworfenen Rüstungsbedürfnisse werden auf dieser
 ungeheuerlichen Summenbestimmungen verstimmen müssen.

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Pelitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

136 000 neue Soldaten!

Die gewaltigste Militärvorlage, die je das Volk bedrohte!

Der Zweck des „Jubiläums“ rummels!

Die Karten des neuen Aufrüstungsplans sind ausgedrückt, der Spielerpreis verraten. Der halbamtliche Scherpreß ist der Auftrag geworden, dem Volke die Pläne der Gewaltübermittel; der Berliner Sozialanleger gibt die neuen Anschläge bekannt. Die tolleren Befürchtungen, a sind noch ungeheuerlich weit Wertvollen worden — der Moloß wagt die schärfste Provokation des Volkes!

Die Ansprüche des Militarismus lauten:

Die gesamte Vermehrung wird

83 000 Köpfe jährlich

betragen, innerhalb zweier Jahre 4000 Offiziere, 15 000 Unteroffiziere und 117 000 Mann, was ungefähr 1,018 Proz. der Bevölkerung, gleichkommt. — Aus diesen Mannschaften werden zunächst einmal die 18 Regimenter, die nur zwei Bataillone haben, ihr drittes Bataillon erhalten; außerdem werden durchweg die Kompanien verhäkelt werden, die jemalen der Grenzgrenze folgen sogar auf einen höheren Etat gebracht werden. Neue Infanterieregimenter werden nicht gebildet, wohl aber werden die übrigen Truppeneinheiten neue Reutimente erhalten. Es besteht es sich, daß 6 neue Kavallerieregimenter

werden angefordert werden, die in der Hauptfache den Grenzlörps zugeteilt werden sollen. Ein Bild in das Buch über die Armeeteilung befehrt uns, daß die neue Vorlage auch dem 8. Corps ein Kavallerieregiment bringen dürfte. — Den dringenden Wünschen, unserer Feldartillerie die nötige Bespannung zu geben, wird auch nachgegeben werden: fast 30 000 Pferde

werden verlangt, so daß künftig jede Batterie auch zu Friedenszügen schon mit sechs Geschützen und einigen Munitionswagen anrücken kann. Dem Verlangen, dauernd Kavalleriedivisionen zu formieren, hat man nicht nachgeben können, man begnügt sich mit der Forderung des Kommandeurs, seines Adjutanten und Generalstabsoffiziers. Auch ist eine Vermehrung der Übungen von Kavalleriedivisionen in Aussicht genommen. — Wir haben schon mehrfach erwähnt, daß die neuen Bestimmungen unter dem Gesichtswinkel eines Karten Grenzwinkels im Osten

vorgenommen werden — ein Teil der einmündigen Ausgaben wird bekanntlich zur Verkleinerung unserer Reitungen verwendet —; bemerkenswert müssen unsere Reitungsanlagen auch mit ausreichender schwerer Artillerie versehen werden. Die Vorlage sieht die Bildung eines halben Duzend neuer Kavalleriedivisionen vor, denen auch selbständige Maschinenabwehrbataillonen zugeteilt werden sollen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß für die schwere Artillerie des Feldheeres ebenfalls eine Vermehrung der Bespannungsabteilungen vorgesehen ist. Die Zahl der Schützenkompanien,

die die Vorlage bringt, wird ebenfalls erheblich sein, auch die neuen Unteroffiziersklassen werden durch Aufstellung mehrerer neuer Formationen ausgebaut werden, Selbstverständlich muß mit all diesem auch eine weitere Vermehrung der technischen Truppen Hand in Hand gehen. Schloßgraph und Funkentelegraph nehmen jetzt so viel Besitze in Anspruch, daß mit den bestehenden fünf Telegraphenbataillonen längst nicht mehr auszukommen ist, diese sollen fast verdoppelt werden, während das Pionierwesen auch um ein halbes Duzend neuer Kompanien vermehrt werden soll.

Das ist aber noch nicht alles. Die Scherpreß fährt nämlich weiter auf: Nebenher muß natürlich auch das Interdiktionswesen seine Ergänzung finden; sämtliche militärischen Interdiktionsanstalten werden vermehrt werden. Um schon rechtzeitig die nötigen Offiziersstellen besetzen zu können, wird eine Verschiebung der Ausbildung der Kadetten und Jährlinge eintreten. Alles in allem kann man sagen, daß die Offiziere mit einem starken Avancementsfuß rechnen können, denn um nicht im Kriegsfalle die Wehrverhältnisse in der alten Truppe zu gerichten, werden eine Reihe höherer Offiziersstellen für die Reserveformationen jetzt schon festberet werden. Daneben hält man selbstverständlich an der Forderung erheblicher Mittel für Zwecke der Auffüllung fest.

Somit die Mitteilung. Was man genügt war, als Ausgeburt einer besonders regen Phantasie zu bewerten, ist hier durch die Zahlen übertrieben worden.

Eine Militärvorlage, wie sie in solchem Umfange noch niemals gewesen!

Auch die unterworfenen Rüstungsbedürfnisse werden auf dieser ungeheuerlichen Summenbestimmungen verstimmen müssen.

Die deutsche Armee, in vier Kontingente gegliedert, zählt momentan:

- 27 763 Offiziere,
- 27 379 Sanitäts-Offiziere,
- 821 Veterinäre,
- 2 267 Bahnmesser, Waffenmeister usw.,
- 94 835 Unteroffiziere,
- 540 750 Gefreite und „Gemeine“,
- Sa.: 668 615 Mann. Dazu die Verstärkung um 117 000 Mann, macht zusammen 785 615 Mann.

Zu diesen 117 000 Mann kommen nun aber noch die Offiziere in einer Stärke von etwa 4000, auch die Unteroffiziere in einer solchen von 15 000 Mann, so daß die Gesamtstärke der deutschen Armee bis zum 1. Oktober 1914 auf

804 600 Mann

gebracht wird.

Die Marine zählt an Offizieren und Mannschaften 74 000 Köpfe, so daß Deutschland dann eine

Wehrmacht zu Wasser und zu Lande von rund 880 000 Mann aufzuweisen hat.

Mit dieser neuen Militärvorlage wird zunächst einmal der Wunsch der Offiziere nach einer räumlichen Vergrößerung erfüllt, allerdings nur auf einige Jahre, denn schon in 10 Jahren werden die Mann über so langsame Avancement wieder eintreten. Freilich werden wir bis dahin wieder eine oder zwei Militärvorlagen hinter uns haben — wenn es die Steuerzahler aushalten können und das Volk sich nicht endlich empört. Bei der Militärvorlage vom Jahre 1912 wurde die Mannstärke der einzelnen Kompanien etwas herabgesetzt, und nachdem nun die neuen Formationen aufgestellt sind, wird diese Mannstärke wieder auf ihren alten Stand gebracht, ja darüber hinaus werden die im Osten stehenden Kompanien noch ganz erheblich verhäkelt. Damit schafft man die Möglichkeit, durch eine spätere Verminderung neuer Regimenter aufstellen zu können, um dann noch später die so geschaffenen „Lücken“ wieder auszufüllen.

Die Verstärkung der Auffüllposten wird damit begründet, daß bei den heutigen Kriegsverhältnissen die Kavallerie nicht mehr allein Aufgaben zu erfüllen kann, aber im gleichen Moment tritt eine Vermehrung der Kavallerie ein. Die Feldartillerie hat gegenwärtig vier Geschütze voll bespannt, nach der neuen Vorlage sollen schon im Frieden sechs Geschütze volle Bespannung haben. Die Vermehrung der Anzahl der Pferde von 183 000 auf 168 000 wird zweifellos den Agrariern zu hellem Jubel begrüßt werden. Der Pferdebesitz sorgt dafür, daß die Zufuhr aus dem Auslande erheblich verteuert wird, und die Agrarier sehen nun endlich ihren lang gehegten Wunsch nach Erhöhung der Preise für Reimonten der Erfüllung nahe. Die Vermehrung der Übungen von Kavalleriedivisionen erfordert außerdem ganz enorme Kosten. Zwar werden Kavalleriedivisionen nicht erhöht, aber der Kommandeur für diese Formationen der Zukunft nebst Adjutanten und Generalstabsoffizieren werden sofort geschaffen. Man hat damit Offiziere, die den größten Teil des Jahres ohne Beschäftigung sind, und dadurch ist der Anreiz gegeben, in absehbarer Zeit doch Kavalleriedivisionen schon im Frieden aufzustellen. Die finanzielle Wirkung dieser Vorlage, wie sie in einigen Jahren voll eintreten wird, läßt sich heute auch nicht annähernd übersehen. Es darf jetzt schon gesagt werden, daß die dauernden Ausgaben erheblich höher als 220 Millionen sein werden.

Die neue Militärvorlage richtet ihre Spitze nicht nur gegen Frankreich, sondern noch gegen Rußland. Und das ist deshalb um so auffällender, als im vorigen Jahre nach der „Entree“ im Volkspolizei die offizielle Presse hoch und heilig versichert, daß wir nunmehr mit Rußland in ein besseres Verhältnis gekommen seien. Ueber die Begründung für die Notwendigkeit dieses starken „Grenzwinkels“ im Osten ist gegenwärtig noch nichts bekannt, die Militärverwaltung ist aber um Gründe, die bei ihr üblich sind als Brombeeren, nie verlegen. Von einigen Tagen noch erklärte der Kriegsminister in der Reichstags-Sitzung, daß die Besatzung eines Krieges nicht bestche, daß aber die Möglichkeit im mer vorhanden sei. Auf solche mühseligen Erklärungen hin beauftragt die Kommission den neuen Armeeminister, dem nun durch die neue Militärvorlage noch ein weiterer Inspektor zugefügt werden soll.

Das lange und sorgfältig gebütete Geheimnis ist nun offenbar, just 48 Stunden, nachdem man den Reichstag in die Ferien geschickt hat. Der frühe Beginn der Reichstagsferien ist auf einen Wunsch der Regierung zurückzuführen, die vermutlich befürchtete, daß eine unlegitime Umfrage im Reichstage gestellt werden könnte. Darin liegt eine Wilschätzung des Reichstages, wie sie unter dem Regime des Herrn v. Bethmann Hollweg nicht zum ersten Male bezeichnet werden kann. Bei den bürgerlichen Parteien besteht die Absicht, die Vorlage so rasch als möglich durchzupfeifen. Es wird die Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein.

Mittel und Wege zu finden, um eine gründliche, eingehende Beratung dieser ungeheuren Wehrforderungen herbeizuführen, auf daß das Volk Zeit bekomme, seine Stimme zu erheben. Und auf die Massen draußen im Volke kommt es allein an, ob das grenzenlose Opfer für den Moloß noch durchgestrichen werden kann. Die bürgerlichen Parteien sind in dieser Hinsicht einig. Konserervative Junter ziehen mit der liberalen Großkapitalisten an einem Strang. Das ganze Reich gilt den besitzenden Massen als unerschütterlicher Nachhelfer. Nach außen muß es fremde Mächte und Staaten unterwerfen oder bedrohen auf daß das Reichzeit feste Ausbeutungserträge erhalte. Nach innen aber muß es die Arbeiterklasse niederhalten, auf daß das schaffende Volk ewig zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Unfreiheit verdammt bleibe.

Der geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien gegenüber steht heute allein noch die Sozialdemokratie. Sie bewilligt dem stehenden Heere als Gewaltinstrument der kapitalistischen Klassen grundsätzlich keinen Mann, jedoch vielmehr, daß das stehende Heer in

ein demokratisches Volkstheer umgewandelt werde. Volkswillig ist unsere Lösung! Sie würde das „Vaterland“ in der vollkommeneren Art gegen jeden Angriff sichern, würde aber zugleich und endlich den Druck ausüben, den das stehende Heer auf den politischen und wirtschaftlichen Freiheitskampf der Arbeiterklasse übt.

Der Militarismus ist die ausgeprägteste Nachfrage Höhe die Arbeiterklasse nach ihre Macht zu vergrößern, um das stehende Heer der Kriegsdrohung und Volkserdrückung umzuwandeln in ein

Volkstheer für Frieden und Volkstfreiheit.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 11. März 1913.

Meldungen über die „Besitzsteuer“.

Die Frankfurter Zeitung meldet, daß in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung des preussischen Staatsministeriums die Entscheidung wider Erwarten nicht für die Erbschaftsteuer, sondern für die Vermögensteuer als die Besteuerung der Erbschaften angenommen ist. Die Beschlüsse sind, als deren Gegner der Finanzminister Bente bezeichnet wurde. Demnach würde also in der Befreiung der lebenden Einkommen der Bundesstaaten über die Deckung der laufenden Ausgaben der Bundesstaaten, besonders die Besondere der Vermögenssteuer herbeizuführen, in welche, soweit man sich, die Besteuerung der Erbschaften angeschlossen ist.

Am Montag hat in Berlin die Konferenz der Finanzminister begonnen, an der neben dem Reichskanzler auch der Kriegsminister teilnimmt. Wie die Ztg. Anstufung erzählt, besteht man in Konserwativen Kreisen darauf, daß es der einmaligen Abgabe die großen Einkommen noch besonders bemessungsgerecht werden sollen. Eine erhebliche Minderheit im Bundesrat ist gegen die vom Reichskanzler unterzeichnete Vermögenssteuer, zugunsten der für die Erbschaftsteuer ist zwar im Bundesrat eine Mehrheit vorhanden, doch befürchtet man, damit im Reichstage nicht durchzubringen, weshalb vermuthlich auf den Vorschlag des Grafen Schwerin-Berlin, dem Reich die Stempelabgaben der Einkommen zu übertragen, zurückgegriffen werden wird. Die einmalige Vermögenssteuer soll auf mehrere Jahre verteilt werden, während die Befreiung besteht, hat diese Abgabe, wenn die Baden zu Berlin begriffen werden, zu einer dauernden werden könnte. Da, was werden die Beschlüsse bestimmt zu verhängen dürfen.

Schließlich soll auch noch „freiwillig gesammelt“ werden. Angehörige solcher Kreise, die kein Vermögen, wohl aber ein gutes Einkommen besitzen, sollen, wie die Ztg. erzählt, dem Reichskanzleramt vorgeklungen haben, eine freiwillige Sammlung als Kriegserbssteuer zu betreiben. Man erhofft davon „eine gute Einwirkung auf die gefährlichen politischen Parteiverhältnisse im Deutschen Reich“. Offenbar will man die Unternehmern betreiben, durch diese nur scheinbar freiwilligen Sammlungen und den Arbeitern die Gewinne abzupressen.

Die Vermögen in Preußen.

Einen Anhaltspunkt für die Feststellung des vorhandenen Vermögens in Preußen bietet die Ergänzungsteuer. Freilich sind in ihr die Vermögen unter 6000 M., also die nicht steuerpflichtigen, nicht mit enthalten. Und ebenso fehlen die auf Grund der §§ 17 und 19 von der Ergänzungsteuer freigestellten von denen, die zwar die Zahl, nicht aber die höhere Höhe der eigenen Vermögen kennen. Bei 242 000 Prüfungen im Jahre 1911 und bei einem angenehmen Durchschnittsvermögensbetrag von 10 000 M. dürfte der vorhandene steuerpflichtige Gesamtvermögensbestand um 2 1/2 Milliarden Mark zuzurechnen sein. Endlich ist noch in Betracht zu ziehen, daß, da eine Verpfändung zur Vermögenssammlung nicht besteht, das tatsächlich vorhandene Privatvermögen noch wesentlich höher sein dürfte.

Das zur Ergänzungsteuer herangezogene Vermögen hat in Preußen im Laufe der letzten 15 Jahre eine rapide Vermehrung erfahren. Es belief sich im Jahre 1898 auf rund 64, 1908 auf 91,7 und 1911 auf 104,1 Milliarden Mark. Es hat also seit 1898 um rund 40 Prozent zugenommen, oder durchschnittlich 2,6 Prozent jährlich, stattgefunden, seit 1908 eine solche um 15,5 Prozent, aber 4,3 Prozent jährlich. Die relative Zunahme hat sich demnach in

letzter Zeit erhöht. Die Zahl der Rentisten stieg von 1.168.745 im Jahre 1896 auf 1.502.570 im 1908 und 1.767.034 im 1911. Hier betrug also die Zunahme seit 1908: 51,5; seit 1908: 17,9 Proz. Wie verteilt sich nun das vorhandene ergänzungspflichtige Vermögen auf die Rentisten? Bei einer gleichmäßigen Verteilung würden auf jeden Rentisten nahezu 60.000 RM. kommen, d. h. je 10.000 Rentisten würden sich in eine Milliarde zu teilen haben. In Wirklichkeit beträgt sich die Sache natürlich ganz anders. Im Jahre 1896 waren es immer noch 28 Leute, die sich in die eine Milliarde zu teilen hatten, 1908 nur ihre Zahl auf 9 und 1911 auf 6 gekürzt. Wenn wir also auch in Preußen noch keine Milliarde haben, so haben doch die 6 reichsten Leute zusammen 1 Milliarde Mark Vermögen, der reichste davon 282 Millionen. Das genügt auch schon. An der 2. Milliarde nahmen 13 Personen, an der 3. 37, der 4. 54, der 5. 73, der 6. 95, der 7. 120, der 8. 148, der 9. 186 und der 10. 196 Personen teil. Die 910 reichsten Leute in Preußen bezaßen also zusammen nahezu den 10. Teil des gesamten Privatvermögens. Ein Vermögen von über 1 Million Mark bezaßen rund 10.000 Rentisten und diese 10.000 Milliardäre nannten 93 Milliardäre, also den 4. Teil des gesamten Privatvermögens bei sich. Wenn kommen 330.000 Leute, die über ein Vermögen von 100.000 bis 200.000 Mark bezaßen und deren Gesamtvermögen 60 Milliarden beträgt. Und endlich zum Schluß die große Zahl der „Proletarier“ unter den Kapitalisten, die nicht einmal 100.000 RM. in ihrembeutel haben. Es sind dies 1.450.000 Personen, und ihr gemeinsamer Reichtum beträgt 30 Milliarden Mark.

Von Interesse ist ferner noch, daß von den insgesamt 1.767.034 preußischen Rentisten des Jahres 1911 808.130 auf die Städte und 958.904 auf die Landgemeinden kommen, und zwar entfällt bei weitem größere Teil der auf dem Lande wohnenden, nämlich 745.296 auf die Gemeinden unter 2000 Einwohner. Die Anteilrenten sind 45,7 Prozent für die Städte, 12,1 Prozent für die Landgemeinden über und 42,2 Prozent für die Landgemeinden unter 2000 Einwohner. Für die Gesamtbevölkerung sind die betreffenden Anteilrenten 47,4, 15,3 und 37,3 Proz. Daraus ergibt sich, daß in den Rentisten-Gemeinschaften erheblich mehr Rentisten veranlagt sind, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Dieses Unerwünschte stammt jedoch ausschließlich von den kleineren Vermögen unter 40.000 RM., die der Klasse des bürgerlichen Mittelstandes entsprechen. In den höheren Vermögensstufen überwiegen die Städte, in denen sich weit größere Vermögensmassen konzentriert haben, als dem Anteil ihrer Einwohnerzahl an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde.

Vom herrlichen Militarismus.

Die lebendige Zielfleische. Wegen jährlicher Lösung wurde am Sonnabend vom Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe in Wilhelmshaven der Torpedobootmaat W. vom Kreuzer Wolke zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte einen Matrosen betrogen, sich als Ziel ausgehollt und soch mit einer Pistole nach ihm, obwohl er darauf aufmerksam gemacht worden war, daß das Geschöß aufschneidend eine Patronen sei. Der Angeklagte vertritt sich nach zwei Tagen.

Es lebe die Disziplin! Denn hätte sich der Matrose geweigert, dem Verleite, sich erschießen zu lassen, Folge zu leisten, so wäre er für mehrere Jahre ins Gefängnis gewandert.

Erziehung mit der Mistgabel. Wegen Rekrutenmishandlung hatte sich ein Interoffizier vor dem Oberkriegsgericht Mek zu verantworten. Der Rekrut Preuss von Drag-Regiment 13 hatte ohne jeden Anlaß vom Interoffizier Rang einen Schlag mit dem Mistgabelstiel auf den Unterarm erhalten. Der Schlag war so kräftig, daß der Mistgabelstiel vom Dienst befreit werden mußte. Im Lagerort lagte der Rekrut dann begehrenswert, er habe sich mit dem Arm an einem Zagen geschnitten. Diese Angabe war durch eine weitere Mishandlung des Interoffiziers veranlaßt worden, der den Rekruten nach der ersten Mishandlung so lange am Ohr im Kreise herumzog, bis er bereit war, die gewünschte falsche Angabe zu machen. Im Lagerort wurde ein Bruch des Unterarmes festgestellt, der nur durch einen Schlag verurteilt sein konnte. Der wahre Sachverhalt kam erst durch einen Brief der Eltern des Soldaten an den Lag. Der Wachmeister hatte den Vorfall durch Befragen der Gestadon festgestellt, die Sache aber nicht weitergemeldet. Das Kriegsgericht verurteilte den Interoffizier zu sieben Wochen Gefängnis, den Wachmeister zu acht Zagen gelinden Arret. Auf angelegte Berufung hin sprach das Oberkriegsgericht den Wachmeister frei und erhöhte die Strafe des Interoffiziers auf acht Wochen Gefängnis.

Spizelwirtschaft der Polizei.

In Essen sind Fuhndie eingetrossen, die behaupten auf die schlimmsten Zeiten des Sozialkrieges erinnern. Während

des letzten Wahlkampfes zur Reichstagswahl brachte das Wäldchen des Kruppigen gelbes Verberens wiederholt Berichte über Sitzungen des Vorstandes der Essner Sozialdemokratie, die sich der Verleger aus den Fingern gelassen hatte. Neigt ist bei einer anderen Gelegenheit die Vermutung der Essner Genossen über die Irreführung jener erlundenen Meldungen zur Gewißheit geworden. In einer Pressehefte griffen Gelbes und Geffrens kommt heraus, daß diese beiden Mitteilungen ihre beiderseitigen Quellen durch Spizel auszumitteln hatten. Dem Christenblat, das den Vorwurf der Spizelei gegen die Gelbes erhebt, antwortete die Ingegriffenen, daß diese auch den Christen zugute komme, wenn es sei zwischen ihnen und dem Kriminalkommissar Reffrens ein Abkommen privater Natur getroffen worden, nach dem die Gelbes mit Material aus der Sozialdemokratie Essen versorgt werden sollten. Das Blatt der Gelbes bezeichnet die oben erwähnten verlogenen Berichte als die Frucht dieses Abkommens. Der Segen dieser Spizelhaftigkeit ist, wie die Gelbes versichern, auch Herrn Giesers zugute gekommen.

Reffrens ist bereits Beamter, sein Vehl daraus macht, daß er sich politischer Spizel bedient. Das Treiben des Reffrens, wie anderer Organe der Essner Polizei, ist schon oft getrandmarkt worden; da aber der preußische Polizeiminister ein Einschreiten nicht für nötig erachtet, in anscheinend mit der Tätigkeit dieser „Hüter der Ordnung“ einverstanden ist, dauert der Standal ungeschwächt fort. Es bleibt nichts übrig, als fortgesetzt die schärfste öffentliche Kritik an der Essner Polizeiwirtschaft zu üben.

Vom Gerechtigkeits-Betriebe.

Ein Gutsbesitzerurteil gegen den Landarbeiterverband.

Vor dem Schöffengericht in Gohnau (Schlef.), in der Besetzung von einem Richter und zwei Gutsbesitzern als Schöffen, hatten sich dieser Tage sieben Landarbeiter wegen angeblicher Lehretzung des Vereinigsetzes zu verantworten. — Die Justizstelle Wobelsdorf des Landarbeiterverbandes hielt im Oktober vorigen Jahres eine Zusammenkunft ab, in der man sich mit der Frage der Verfallung des Vereinsatzes beschäftigte. Die Teilnehmerzahl war gering, weil viele der jugendlichen Personen nicht teilnehmen durften. Der Amtsrichter Rehmisch aus St. Schwiburg wurde als Zeuge vernommen. Seine Aussagen bilden ein drastisches Bild ostelbischer Zustände. Als er von der Zusammenkunft Kenntnis erhielt, benachrichtigte er sofort die Gendarmerie. Im Weisen eines Gendarmen, vernahm er dann drei Lebeläter zu Protokoll. Wie er sagt, hat er den Gendarm der Protokollierung auf frischer Tat vor beimohnen lassen, damit ihm später nicht etwa der Vorwurf gemacht werde, er habe die Leute eingeschüchert. Ferner schickte er den Gendarm in den nächsten Dörfern herum, Anträge zu halten, wer der Verfallung beigewohnt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden bejahte der Zeuge, daß solche Verfallungen der „Rechtssitz“ hätten und die Unbeteiligten gegen die „Gerechten“ nach solchen Verfallungen regelmäßig umsehen. Er sei von den Gerechten direkt hoch angehalten worden, sich darum zu kümmern. Der Einrufer wurde zu 30 Mark Geldstrafe, und die übrigen sechs Angeklagten, lauter Knedts im Alter von 16 bis 17 Jahren zu je drei Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht war der Ansicht, daß es sich um eine „politische Verfallung“ gehandelt habe, zumal dort auch vom Steuerzählen und von acht Stunden Arbeit gesprochen wäre.

Der Wahlrechtskampf in Anhalt.

Im anhaltischen Landtage fand die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage statt. Der Staatsminister Leue verteidigte mit großem Pathos den Regierungsentwurf. Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß durch das privilegierte Mandat der Arbeitssammern die befähigt noch gar nicht existieren die Möglichkeit geschaffen sei, daß ein wirklicher Arbeitervertreter in den Landtag einziehe. Die Sozialdemokratie habe bisher nicht Arbeiter, sondern nur Agitatoren in den Landtag geschickt. Der Agrarier Dr. Krogg wünschte die Abschaffung der indirekten Wahl auf dem Lande. Ferner suchte er nach ein privilegiertes Mandat für die Landwirtschaftsammern herauszufinden. Da die Agrarier mit den sich nationalliberal nennenden Freirepublikanten die Mehrheit im Landtage haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß die direkte Wahl auf dem Lande fällt. — Gerabue begiebt von der Regierungsvorlage hin der nationalliberale Führer Dr. Leonhardt. Er bezeichnete den Wahlgesetzentwurf als einen Schand, den man nicht und beschämen müsse! — Nicht sehr glücklich operierte der Freirepublikant Dr. Cohn, der den Konterpartien die Vorlage dadurch zu vereiteln suchte, daß er eine nationalliberale Mehrheit und ein überaus hartes Ammanden der freirepublikanten und sozialdemo-

kratischen Mandate prophezeite. Diese Taktik wird vielmehr dazu beitragen, daß die Vorlage noch verfehlter wird. Der einzige Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Vogler, lehnte die Vorlage rundweg ab. Der Regierungsentwurf wurde an eine 14gliedrige Kommission referiert.

Terrorismus der Unternehmer-Organisationen.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und eine ganze Anzahl anderer Unternehmerverbände erschienen in zahlreichen Petitionen an den Reichstag um Veränderung des § 153 der Reichsgewerbeordnung. Es wird eine Ausgestaltung der Nachmittels namentlich der Unternehmerverbände verlangt. Zur Begründung der Petition wird angeführt, daß es sich als notwendig erweisen habe, den Berufsvereinen ein flagbares Recht auf Erfüllung ihrer Satzungen zuzugestehen. Unter der bisherigen Verfassung des Reichstages hätten die gewerblichen Arbeitgeberverbände mehr als die Arbeitgeberverbände gelitten. Letztere hätten dem einzelnen Mitgliede gegenüber ausreichende Nachmittels, die auf moralischen Gebiete lägen. Der Austritt oder Ausschluss aus einer Gesellschaft sei für den davon betroffenen oft genug das moralische Todesurteil. Das Gesetz müsse die Verbände in ihrem Bestande einigermassen schützen.

Die Petitionskommission trachten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dafür aus, die Petition durch Abgang zur Tagesordnung zu erledigen, da ein Anlaß zur Änderung des Gesetzes nicht vorliege. Die Mehrheit der Kommission befaß jedoch, die Petition dem Reichstagsrat als Material zu überweisen. Es liegt wahrhaftig kein Grund vor, den Terrorismus der Unternehmerverbände zu verurteilen. Es sei z. B. darauf verwiesen, daß gegen denselben Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der die oben erwähnten Petitionen beantragt hat, eine Reihe Beschwerden beim sächsischen Ministerium des Innern eingegangen waren. Der Verband der Baumaterialienhändler beschwerte sich u. a. darüber, daß den Baumaterialienhändlern von den Baugewerkschaften die Verpflichtung auferlegt wurde, während der Dauer von Gerichts- und Strafverfahren die Klärung nach den davon betroffenen Gebieten einzustellen, die Pflichten nach haben zu lassen und Beiträge zum „Wahrschlag“ des Arbeitgeberbundes zu entrichten. Das Ministerium hörte zunächst die Handels- und Gewerkschaften, die in ihrer Mehrzahl das Vorgehen der Arbeitgeber im Baugewerbe billigten. Diese müßten ihre Organisation gegenüber der mächtigen Organisation der Arbeitnehmer kräftigen.

Und diese Herrschaften regen sich fortgesetzt über den angeblichen Terrorismus der Arbeiter auf und verlangen neue Gesetze zum „Arbeitswilligensschutz“. Offener Widerwinn läßt sich nicht denken.

Deutsches Reich.

— „Der Sieg kommt von Gott“. Wilhelm II. hat am Montage in Berlin am Denmal des von der Geschichte abgetanen Friedrich Wilhelm III. einen langen „Tagesbesitz“ befallen gemacht, der wie folgt schließt:

„Gottesfurcht, Königstreue, Vaterlandsliebe in der Volkswirtschaft, wie sie in den großen Zeiten benotet ist, müssen das Heer unüberwindlich machen. Der Sieg aber kommt von Gott. Drum gelte für uns jetzt und immerdar der Wunschpruch der Heiden der Völkerringe: Gott mit uns!“

Vaterlandsliebe heißt also auch hier wieder erst in britter Reihe der „Tugenden“, die das Heer unüberwindlich machen. „Gottesfurcht“ und „Königstreue“ gilt als wichtiger — für die Gemaltheber.

— Was Wilhelm II. der patriotischen Jugend schenkt. Wilhelm II. hat in einem Erlass an den preussischen Ministerpräsidenten angeordnet, daß die zu der ehemaligen Festung Silberberg gehörenden Werke des Haupt Spitzberg sowie der Großen und der Kleinen Strohhaube den Vorkämpfern der auf nationalen Grundlagen stehenden Jugendvereine Schießschießen „hüber“ gemacht werden. Zu den Kosten der Herstellung dieser Werke mit 10.000 Mark beitragen. — Gabel und Messer. Bekannt ist, gehören diese alten, längst ausgelassenen Festungswerke nicht zum Privatbesitz Wilhelms, so daß wegen der neuerlichen „gefährlichen“ Verwendung das Parlament mitzusprechen haben wird.

— Schüblers Nachfolger. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei in Bamberg stellte für die Reichstagsparlamentarier den Dompropst Freyberger als Kandidaten für den Reichstag vor. Freyberger ist ein Mann aus politischen Gründen. — Napoleon nicht zu zeigen und nicht den Anstehen eines russischen Botschafters zu erwidern — wie finanziellen Gründen, denn es herrschte Dalles in der Staatskasse. Die Königin wollte für ihre Vergünstigungstreue das zur Wiederherstellung des Arg verwiesenen Öpreußen bestimmte Geld gebrauchen. Durch den Widerspruch Steins gereizt, nahm sie teil am Sturz dieses tüchtigsten preussischen Ministers. Von jenem Nachfolger bekam sie das Geld.

Auch sonst müßte die Zeit lustig aus. Als sie in ihre Heimat nach Weidenburg fuhr, wo sie im Jahre 1810 starb, war sie nach allen geschichtlichen Zeugnissen aufgerudert und lustig. Wenn die borkussischen Historiker behaupten, sie sei am gebrochener Bergen gestorben, so braucht man das nicht tragisch zu nehmen. Es beweist nur, daß die preussischen Historiker sich noch Geschmaß benotet haben. Es ist viel schöner, wenn eine Königin in so schwerer Zeit am gebrochenen Herzen, als an überfülltem Magen stirbt. Mit der Wahrheit hat das natürlich nichts zu tun. Die Königin starb an einem überfüllten Reiben, das in einer anderen Gegend ihres schönen Leibes steckte, als im Herzen.

Der Leser sieht, daß das Leben und der Tod der Königin Luise nichts mit den Vorkämpfern zu tun hatte. Man beunruhigt sie mit ihnen nach dem Tode, nur um die Feier zornmäßig auszusprechen.

Die Königin Luise.

„Setze er einen alten Esen auf Pferd und lasse er ihn durch die Straßen reiten, so wird das Volk ebenso zusammen laufen“.

Diese nüchterne Einschätzung der byzantinischen Königsanbeterei, wie sie in Friedrich II. Brief an den Dresdener Philosophen Garve zu finden ist, hat — wenn es sich um das Volk handelt — ihre Geltung verloren. Die Arbeitsschicht würde kaum einen Esen, der sich hoch zu Ross blickt, nachlaufen, ein Monarch in dieser Position nicht mehr ihr Interesse. Die Freude der Bourgeoisie an Königsparaden ist aber noch so groß geblieben, daß sie selbst bei der Feier der Vorkämpferriege die Majestät des Jahres 1813 auf hohe Pferde setzt. Drum ist nichts Charakteristischer, als daß diese Feier am Geburtstage der Königin Luise begann, die, wie die Tatsachen einmal liegen, mit dem Vorkämpferkampf der deutschen Nation ebensoviel zu tun hat, wie der gute alte Noah. Wir, die wir den Dänen gegenüber galant und ritterlich zu sein für unsere Pflicht halten, ja, die wir als Verfechter der Frauenrechte mit Fleiß in der Geschichte nach bedeutenden Frauen suchen, um sie als Vorbilder anführen zu können gegen die stupide Behauptung, die Frau gehöre nur in Küche und Kinderbeide, wir hätten wirklich kein Interesse, die Verdienste der Königin Luise irgend wie zu schmälern, — wenn es welche gäbe. Aber die Geschichte weiß nichts von ihnen.

Es war ein Weidenburger Kind, und da im Lande des Esen vor hundert Jahren Kunst und Wissenschaft noch weniger ihre Stätte hatten, so heute der Fall ist, so war sie ohne jede Bildung und politischen Interesse. Da sie aber nach Dänemark sich in alle Dinge einzumischen liebte und auf den schwächlichen, stumpfsinnigen König Einfluß hatte, so flüchten ihr oft die Minister Gedanken ein, die sie an den König bringen sollte. So kam Luise zu dem Glauben, nicht nur eine amnuttige, sondern auch eine kluge Staatsmännin zu sein. Sie war Werkzeug in den Händen der Partei, die den König in die Arme Rußlands zu treiben suchte. Sie schwärmte für den Kaiser

an Rußland, weil sie Napoleon für den Gottgottes und den Jaren Alexander für den Herrgott hielt. „Ich bete ihn wie Gott an“, schrieb sie in einem Brief. Napoleon, der die Rolle Luises anmaß, ließ sie in seinen Bulletin als Geliebte des Jaren darstellen, was nicht ritterlich und nicht wahr war. Aber er hatte schon recht, als er am 17. Oktober 1806 im Bulletin schreiben ließ: „Es ist eine Dame, die sehr schön ist, aber wenig Verstand besitzt, und unfähig, die Folgen ihrer Unternehmung vorzusehen. Jetzt (nach dem Zusammenbruch), muß man anstatt sie anfragen, sie bebauen; denn ihr Gewissen muß sie wegen der Uebel, welche sie über ihr Vaterland gebracht hat, anfragen.“

Aber Napoleon verkannte Luise. Für sie das typische Kind des Gottesgottes, gab es kein Vaterland, sondern nur königlichen Besitz, dessen Schmalerei sie nach den Niederlagen Preußens bestig befaßte. Kaiser Napoleon nimmt die Domänen des Königs in Besitz und läßt sie durch Personen, die er dazu bestimmt, administrieren“, schrieb sie. „Wir haben alles verloren. Leben tun wir noch, und dieses Leben weniger unangenehm zu machen, kann jetzt unser einziger Trost sein.“ Aus dieser Stimmung der sorgelosen Landesmutter suchte sie in diesen Tagen der wüßigen Niederlage Preußens allerhand Zerstreuungen und flugte nicht, daß es nur vier Dinge zu Mittag und drei zum Abendbrod gäbe. „Wir Leben rein von Luft!“ jammerte sie, mit den süßen Gaben im Magen.

Wenn das besser von ihrem Appetit als anderen Vergessenshaftigkeiten zeugt, so weiß die Welt, wie sie, wenn nicht das Vaterland, so den Besitz ihres königlichen Herrn Gemahls zu retten suchte, ein nicht minder begierendes Licht. Es entzündete sich, Napoleon zu erlauben und ihm ein Stück Reute zu entreißen. Obwohl Napoleon auf alle Andeutungen, er möge die so oft von ihm beschimpfte Königin einladen, taub blieb, kam sie nach Tilsit mit einer vom Minister Hardenberg verfaßten Rede, die sie nach Sinderart auswendig lernte, um mit dem gelehrten Sprachkünstler: ich bin klein, mein Herz ist rein! vor Napoleon zu treten. Napoleon bereitete ihren Plan, indem er von ihrer Toilette zu sprechen begann, worauf die gebaugerte Königin verzog, das Vaterland zu retten. Napoleon schrieb

seiner Frau über diese Zusammenkunft. „Die Königin von Preußen ist wirklich entzündet, sie ist voll von Kollererie gegen mich; aber sie deshalb nicht eifersüchtig; ich bin wie eine Waageleinwand, von der das alles abläuft. Der Preis würde mit zu zerfallen, den Galanten zu spielen.“ Die Verurde, das Herz Napoleons zu erweichen, wiederholte die Königin später noch einmal brieflich, aber der Barbar ließ sich nicht rühren.

Nachdem so der Versuch, das Vaterland zu retten, mißlungen, verjagte die Königin auf weitere Mühsüßigkeiten auf die Lage Preußens, das in Napoleons Faust gappelte. Sie gab ihren Gefühlen freien Lauf und arrangierte einen Besuch bei dem angebotenen Jaren. Der Minister Stein setzte sich dem entgegen aus politischen Gründen. — Napoleon nicht zu zeigen und nicht den Anstehen eines russischen Botschafters zu erwidern — wie finanziellen Gründen, denn es herrschte Dalles in der Staatskasse. Die Königin wollte für ihre Vergünstigungstreue das zur Wiederherstellung des Arg verwiesenen Öpreußen bestimmte Geld gebrauchen. Durch den Widerspruch Steins gereizt, nahm sie teil am Sturz dieses tüchtigsten preussischen Ministers. Von jenem Nachfolger bekam sie das Geld.

Der Leser sieht, daß das Leben und der Tod der Königin Luise nichts mit den Vorkämpfern zu tun hatte. Man beunruhigt sie mit ihnen nach dem Tode, nur um die Feier zornmäßig auszusprechen.

Die Restbestände

zu Ausverkaufs-Preisen

wegen Aufgabe dieses Artikels.

- 3 2 Pfd.-Dosen Schnittbohnen . . . 95 Pf.
- 1 2 Pfd.-Dose Schnittbohnen } auf 95 Pf.
- 1 2 Pfd.-Dose Junge Erbsen } auf 95 Pf.
- 1 Dose Korktubi
- 1 2 Pfd.-Dose Brehbohnen
- 1 2 Pfd.-Dose Pflaumen
- 2 Stück Erdwürste
- 1 2 Pfd.-Dose Junge Erbsen
- 1 2 Pfd.-Dose Preiselbeeren
- 1 2 Pfd.-Dose Schnittbohnen

Eine seltene Kaufgelegenheit

- 1 2 Pfd.-Dose Bohnentene
- 1 2 Pfd.-Dose Brauntobi
- 1 Dose Spinat
- 1 Flasche Himbeerstrup } auf 95 Pf.
- 1 Flasche Alkoholfreier Punch } auf 95 Pf.
- 1 Flasche Bermudawein
- 1 Flasche alter Mostwein
- 60 Bouillonwürfel
- 25 Döhner-Bouillonwürfel

25 Ia. Zitronen 95 Pf.

Verkauf zum Einheits-Preise

von 95 Pf.

- 1 5 Pfd.-Eimer Marmelade 95 Pf.
- 20 Pack Rote Grütze 95 Pf.

- 2 2 Pfd.-Dose, Jr. Erbsen, mittelf. II 95 Pf
- 2 2 Pfd.-Dosen Pflaumen
- 1 2 Pfd.-Dose Erdbeeren
- 1 2 Pfd.-Dose Aprikosen
- 1 2 Pfd.-Dose Gemischte Früchte
- 1 2 Pfd.-Dose Bienen
- 1 2 Pfd.-Dose Pflaumen } zusammen 95 Pf.
- 1 2 Pfd.-Dose Ia. Reineclauden
- 1 2 Pfd.-Dose Brehbargel II

Garantie für jede Dose.

- 1 Dose Dessardinen } zusammen 95 Pf.
- 1 Glas Ruff. Gardinen } zusammen 95 Pf.
- 1 Dose Hering in Gelee } zusammen 95 Pf.
- 1 Flasche Himbeerstrup
- 1 2 Pfd.-Dose Pariser Karotten } auf 95 Pf.
- 1 Glas Kapern
- 2 Glas Silberwiesel
- 2 Dosen Junge Erbsen mit Karotten 95 Pf.

25 Puddingpulver 95 Pf.

Sonder-Ausstellung. Echtes Bayerisches Porzellan

- Tassen mit Inter- 15 Pf.
- tasse, weiß
- Tassen mit Gold- 95 Pf.
- rand . . . 6 Paar
- Tassen bunt be- 95 Pf.
- zier . . . 6 Paar
- Tassen Kleblatt 95 Pf.
- 5 Paar
- Tassen mit Gold 95 Pf.
- 3 Paar

zu unseren bekannt billigsten Preisen.

- Seller 32 25 10 Pf.
- Kartoffelschüssel 1.26 95 Pf.
- Eierbecher 8 5 Pf.
- Compotieren 88 28 22 18 Pf.
- Leuchter 50 25 Pf.
- Butterdosen 50 35 32 Pf.
- Resteier . . . Duzend 40 Pf.
- Saucieren . . . 68 50 25 Pf.

Bär

Große Ulrichstraße 54.

- Tafelservice 1350
- 23 teilig, echt Porzellan, moderne Motive.
- Raffeeservice 105
- 9 teilig, bunt beziert, für 6 Personen

Persil

das selbsttätige Waschmittel

Schmutzige Kinder

-kleidchen waschen macht viel Arbeit. Möhlos dagegen wäscht man diese mit Persil; ebenso auch alle sehr schmutzige Berufskleidung, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur-, Anstreicher-Jacken und Schürzen, sowie sonstige Arbeitsartikel aller Art und zwar ohne jede Zutat von Seife oder sonstiger Waschmittel.

Überall erhältlich, nie lost, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DOSSELDORF. *2614

Ruch Fabrikanten der allehiesigen

Henkel's Bleich-Soda

Konsum-Verein für Bockwitz und umgeben

Freitag, 21. März (Karfreitag), nachmittags 3 Uhr im Hotel „Central“ in Bockwitz

Generalversammlung.

- Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
 2. Erweiterungsbau der Lagerräume in Bockwitz u. Müdenberg.
 3. Erhöhung der Grenze für Spareinlagen.
 4. Entzüge nach § 22 des Statuts.
 5. Genossenschaftsstatut.
- Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bitten, zu erscheinen.
- mit genossenschaftlichem Gruß
Der Aufsichtsrat: Wilhelm Herz, Vorsitzender.

MAG

Cigaretten

Tabakarbeiter-Genossenschaft (e. G. m. b. H.)
Cigaretten-Fabrik, Stuttgart. *2620

Zu haben bei:

A. M. H. Reicht,
Lindenstrasse 58,
Ed. Jungmann,
Pflanzhöhe 33.

6942

Bestätigung des Konfirmations-Geschenke

B. Kühn, Goldschm.
Gr. Ulrichstr. 44.
Eigentlich: Bräunemann & Benjamin.

Schuhmacher-Lederwalzen u. Nähmaschinen

beste Qualität. 5880

F. Noah, Gr. Klausstr. 7.

Montag, mittags 2 1/2 Uhr, empfangen unsere geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Anna

nach schwerem Leiden, im 21. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrubt an

August Herzogsdorf und Frau,
Gefährter. 6941

Bei telephonischen Anfragen usw.

welche die Intercom-Nummer über die Apparat- und Grundkosten des Bestandes sowie die Weltanschauung betreffen, ist nur die Fernsprechnummer

1047

zu brauchen.

Wer dagegen mit der Installation des Fernspreches überredung will, bewege sich die Fernsprechnummer

338

Dankagung.

Für die herzlichsten Worte des Genossen Dietrich, sowie für die schönen Worte des Genossen Herrn von Altmendorf u. Altm., sowie den Kollegen der Firma S. Raabe für die Teilnahme an Begräbnis mein. innigste Herr Frau, sage ich meinen herzlichsten Dank.

*2610

Altmendorf, d. 10. März 1913.

Der trauernde Gatte
Max Knitter, Sattler.

Zum 18. März! Die Geschichte der Berliner Märztage.

Eine naturgetreue Schilderung der Berliner März-Revolution von 1848 von Michel Deutschsch.

Preis 3.00 Mark. Preis 3.00 Mark.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/43.

Pflüchgarnitur.

Vertiko, Niederländische, Steg- und Ausziehbühnen, Stühle, Bettstellen mit Matrassen, Rücken-Einstellungen, alles sehr gut erhalten, verkauft

Friedrich Peilcke,
Geisstraße 25. *6322

Makulatur verkauft die Genossenschaftsdruckerei.

Sämerelen

6745 DOR

Kerst & von Spreckhahn, Hamburg
Erisch eingetroffen.

Brogie G. Fuhrmann
- Reilstrasse 5. -

Mittwoch: Schloßhofstr. 1, R. Admann, 0887 Talstraße 20.

Mittwoch: Schlachtefest, Marie Böttcher, 3. J. G. W. 11 k. e., Geisstraße 2, 3750

Alle Farben u. Lacke

Max Ott, Steinweg 26.

Nur 16 3/4! 1 Ober-, Unterbett u. verk. Hülfsstoffe. 16, 1 links. 6516

Waldgeflügel, selbstgef., auch aus Eichenholz, Eichenholz, empf. 6340 R. Kutsch, Hülfsstr. 23.

Wohnung,

1. Etage (Vorderhaus) mit Gas, für 250 Mk. zu vermieten. 6325

Waldgeflügel, selbstgef., auch aus Eichenholz, Eichenholz, empf. 6340 R. Kutsch, Hülfsstr. 23.

Ernst Haackel

Wollhandlung, Preis 1 1/2, empficht

Wollhandlung Galle & S.

Tapeten-Massen-Verkauf!

Dieses Frühjahrs-Extra-Angebot in nur neuen, modernen Tapeten, vom 19. bis 25. März wird wieder den Bewohnern, die Hauswirte, Baumgeschäfte, Mieter nur allein ihre Tapeten direkt aus einer Tapetenfabrik konkurrenzlos billig kaufen können. Nur direkter Einkauf in der Tapetenfabrik bietet Vorteile, die kein Händler infolge des verteuerten Zwischenhandels bieten kann.

Serie I Jede Rolle 8—15 Pf. reisende Sachen für Stube, Kammer und Küche etc. Eigentlicher Wert 12—20 Pf. Prima Fußbodenlackfarbe Pfund 55 Pf. — Emaillelack Pfund 80 Pf. — Ofenlack Dose 25 Pf.

Serie II Jede Rolle 16—20 Pf. herrliche Muster, feine Gold-Tapeten für Schlafzimmer, Wohnzimmer etc. Eigentlicher Wert 22—28 Pf.

Serie III Jede Rolle 22—28 Pf. nur elegante vornehme Tapeten in Gobelin, mit und ohne Gold. Eigentlicher Wert 30—38 Pf.

Serie IV Jede Rolle 30—60 Pf. nur bessere Naturalien, Fond- und Ingraintapeten, mit und ohne Gold. Eigentlicher Wert 40—120 Pf.

Nur zu beziehen durch unser Geschäft

Cremers Tapetenhaus, Gr. Ulrichstr. 26.

Telephon 494. 12 Detailgeschäfte — Nicht im Ring — Schönebecker Tapetenfabrik G. m. b. H. Telephon 494.

Bildungsarbeit.

Sitzung des Bezirks-Bildungsausschusses.

Sonabend, den 8. und Sonntag, den 9. März, fand in Berlin die erste vom Zentralbildungsausschuss einberufene Konferenz des Bezirks-Bildungsausschusses für Deutschland statt. Anwesend waren 46 Delegierte von 35 Bezirks-Bildungsausschüssen, sechs Mitglieder des Zentral-Bildungsausschusses, ein Vertreter des Parteivorstandes und vier Wanderer.

Das 1. Punkt der Tagesordnung, die Organisation der Bildungsarbeit, gab Genosse Heinrich Schulz, der Geschäftsführer des Zentral-Bildungsausschusses, einen Überblick über die Entwicklung der Bildungsarbeit seit dem Parteikonferenz. Der Zentral-Bildungsausschuss habe von Anfang an betont, daß er nicht schloßsüchtig wolle; das beste Mittel der Initiative der einzelnen Orte und der einzelnen Parteigenossen entspringen. Während es 1906 nur wenige Orts-Bildungsausschüsse gegeben habe, hätten sie sich bis heute auf etwa 400 vermehrt; der Mitarbeiter der deutschen Arbeiterklasse betrage im verflochtenen Jahre trotz der Wahl 647 139 M., so daß eine Million bald erreicht sein werde. Im Dienste der Bildungsorganisation als Mitglieder der Bildungsausschüsse händen über 2000 Genossen. Zahlreiche Lehrkräfte wären ebenfalls vorhanden; etwa zehn Genossen würden als Wanderer vom Zentral-Bildungsausschuss durch ganz Deutschland entsandt, und eine große Zahl geeigneter Kräfte der einzelnen Orts-Redaktionen, Sekretäre u. a. nähmen sich der Bildungsarbeit an. Wenn fernerhin tüchtigere Kräfte nur mit Mühe zu gewinnen gewesen seien, so sei heute ein Überangebot an Kräften vorhanden, doch müsse sehr sorgfältig geprüft werden.

Die Grundlage für die Organisation der Bildungsarbeit sei der örtliche Bildungsausschuss, der paritätisch aus Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zusammenzusetzen sei. Es sei eine wesentliche Hilfe gewesen, daß 1911 der Gewerkschafts-Kongress dieser paritätischen Zusammenlegung zugestimmt habe. Der örtliche Bildungsausschuss habe zunächst ein Programm mit Stoffanfragen aufzustellen, und es nach Genehmigung der beiden Ämtern selbständig durchzuführen. Zur Erleichterung der Bildungsarbeit bedachteter Orte habe sich der Kreis-Bildungsausschuss herausgebildet. Die praktische Arbeit habe aber auch über den Kreis hinausgewiesen zum Bezirks-Bildungsausschuss, der als Bindeglied zwischen dem Zentral-Bildungsausschuss und den einzelnen Orten die wichtigsten Fragen zu lösen habe. Es sei notwendig, die wichtigsten Fragen zu klären, die sich im Zusammenhang mit den Finanzfragen zu stellen ließen. Die Teilnehmer an den Veranstaltungen müßten aus pädagogischen Gründen durch geringe Ausgaben zu den Kosten beitragen. Die Organisation der Bildungsarbeit sei langsam und der Praxis heraus zu wachsen, sie sei nicht künstlich aufgeblasen, sondern ein beständiger, integrierender Bestandteil der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Der Zentral-Bildungsausschuss sei mit seiner Tätigkeit dem deutschen Parteitag verantwortlich. Die finanziellen Verhältnisse seien in erster Linie heimische Kräfte heranzuziehen, die der öffentlichen Kritik unterliegen. Überall seien Zentralbildungsausschüsse zu errichten. Die Hilfestellung werde auf einer der nächsten Konferenzen erörtert werden müssen. Ein Beweiser für die Wichtigkeit der Bildungsarbeit würden von Fall zu Fall Mitteilungsblätter durch die Zentrale herausgegeben werden.

An das Referat schloß sich eine lebhafte Debatte an, die eine Fülle von Anregungen mit sich brachte und zugleich von der besten Einmütigkeit der erschienenen Bezirke Deutschlands über die erste Bedeutung der Bildungsarbeit Zeugnis ablegte. Von einer Reihe von Rednern wurde die Finanzfrage der Bezirke erörtert und in der Mehrzahl zur Vermehrung des Schreiberleuten die Mittelfinanzierung befürwortet, ohne daß ein Zwang dazu für alle Bezirke anerkannt wurde. Zur ersten Einführung kleiner Orte in die Bildungsarbeit wurde die Veranstaltung von elementar gehaltenen Einzelvorträgen wissenschaftlichen Charakters empfohlen. Ein Vorschlag des Genossen Müller, das diesfalls gewünscht wurde, will der Zentral-Bildungsausschuss in Aussicht nehmen. Warm wurde die schon in Vorberathung befindliche Richtsitzentrale befürwortet. Der Vorschlag soll ein Lehrender, von dem Redner selbständig ausgeübter Vortrag, dem Vorgehen der Bilder durchgeben. Die Mitarbeiter werden von der Zentrale zum Selbststudium ausgesprochen werden. Von vielen Seiten wurde die Schaffung eines Bildungsausschusses empfohlen. Man erklärte sich aber vorläufig mit einem Mitteilungsblatt, das vorwiegend der Technik der Bildungsarbeit dienen soll, einverstanden. Es wurde ferner die Wichtigkeit der Heranziehung der Arbeiterlöhner zu Veranstaltungen betont und ein Hinweis auf den Anlauf aller einzelnen Vereine an den Arbeiterlöhner empfohlen. Elternschaftliche Jugend, größere Wanderfahrten und Spieltheater wurden befürwortet. Ueber die Arbeiterzeitung wurde ein Material festgestellt werden. Bezüglich der Anregungen zur Veranschaulichung von Zusammenhängen und besonders der Rückgang an Berichtsdarstellungen für Arbeiterleute. Am Schluß der Debatte hob der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Schmidtmann, das gegenwärtige Wirken der Bildungsarbeit, die Arbeiterarbeit im besten Sinne des Wortes sei, hervor; er wies auf das volle Einvernehmen zwischen Zentral-Bildungsausschuss und Parteivorstand hin, und stellte aus für die Zukunft die Bereitwilligkeit des Parteivorstandes, die wertvolle Bildungsarbeit zu unterstützen, in Aussicht.

Bei Punkt 2, die wissenschaftliche Weiterbildung, wies Genosse Schulz auf die organisatorische Entwicklung der Kurse hin, und gab verschiedene Neuerungen bekannt. So soll in Zukunft ein für alle Orte gleicher Kurspreis einzelner Kurse festgesetzt werden. Die Wichtigkeit der höchsten Festhaltung der Kurspreise wurde von den Delegierten zum Ausdruck gebracht, daß die Teilnehmerzahl nicht so hoch sein dürfe, daß es möglich sei, einen Kurspreis für die Kurse zu fordern, daß für künftigen Anfang gezeigt werden müsse, daß ein Kursabend mit Einschluß einer Pause nicht über zwei Stunden ausgedehnt sei, daß vier- und halbstündige während der Vorträge gründlich nicht zugelassen sei. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Geldverhältnisse wurden finanzielle Kurse, namentlich über die Zeit der hundert Jahren, gewünscht.

Ferner wurden naturwissenschaftliche Experimentalvorzüge empfohlen.

Die Beratung des 3. Punktes, die Jugendchriften-Ausstellungen, gab Anregungen zur Veranstaltung von Wanderausstellungen durch die Bezirke unter Mitwirkung der Parteibuchhandlungen.

Mit einem anfeuernenden Schlußwort beendete der Stellvertreter der Leiter der Konferenz, Genosse Sebald-Branden, die ergebnisreichen Verhandlungen.

Berschleppungsmanöver.

Die Verhältnisse im Osten der Ostfront.

Im Osten der Ostfront keine allzu freundliche Aufnahme. Man läßt sich gemächlich Zeit mit einer Antwort auf die Anfragen der Mächte, und wird sich wohl bequemen, sie noch „im Laufe dieser Woche“ zu erteilen. — Auch Oesterreich und Rußland haben es nicht nötig gefunden, die angelegentlichste Abklärung. In Wien wird „von militärischer Seite“ erklärt, daß von einer Entlassung der 100 Millionen unter den Waffen lebenden Reservevermannschaften vor der Hand „nicht die Rede“ sein könne. Es sei völlig ausgeschlossen, daß jetzt schon eine Entlassung stattfinden könnte, zumal die russischen Truppen von der Grenze noch nicht zurückgezogen seien. In 4 bis 5 Wochen (!) werde dieselbe (!) auch Oesterreich-ungarn daran denken können, seine Reservevermannschaften zu entlassen.

Neuerdings ist auch das österreichische Militärdenkmal gegen Serbien wieder gemacht. Dem B. L. zufolge werden die fortgeführten serbischen Truppenbeschießungen in österreichischen Regimentskreisen eine „steigende Nervosität“. Von informierter Seite verlautet, daß etwa 35 000 Mann, sowie zahlreiche Belagerungsgeschütze und auch Feldartillerie, sowie Material zum Brücken- und Eisenbahnbau in Durazzo angeammelt sei. Man deutet das in Wien so, daß die Serben die Absicht haben, durch Verstärkungen des Belagerungsstoffs vor Sarajewo ihre Position in Albanien zu sichern. In offiziellen Kreisen wird erklärt, die serbische Aktion sei geeignet, die ersten Vorwände zu erteilen. Unter diesen Umständen könnte Oesterreich-ungarn nicht daran denken, auch nur einen Mann von den an der Südgrenze konzentrierten Truppen zu entlassen.

Die internationale Lage wird dadurch naturgemäß nicht hoffnungsvoller, zumal, wie das Neue Wiener Tageblatt schreibt, auch in der albanesischen Abgrenzungfrage bisher noch in mehreren Punkten eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Es wäre jedoch unrichtig, daraus die Folgerung abzuleiten, daß eine Annäherung in dieser Frage bisher überhaupt nicht zu konstatieren sei. (?) Die Nachrichten von serbischen Truppenbewegungen nach Albanien werden jetzt von allen Seiten bestätigt und auch in Verdrager offiziellen Kreisen gar nicht in Abrede gestellt.

Dem Kriegsausbruch ist als bemerkenswertes Ereignis nur zu berichten, daß eine große Anzahl von türkischen Offizieren an der Eschadabgasse in dem Sultan eine Eingabe gerichtet hat, in der sie ihn auffordern, er solle die Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand nehmen. Sie führen aus, daß sämtliche Aufgaben des jungtürkischen Komitees unerfüllt geblieben seien und daß es eine Sünde sei, nimmhe noch die armen Soldaten fortgesetzt umziehen zu lassen. Diese Eingabe ist nicht mehrbündig von der Regierung Enders und seiner Leute ab, daß die türkische Armee trugschlüssiger denn je sei.

Aus der Partei.

Landtagskandidaturen.

Zum Landtagskandidaten für den 5. Berliner Wahlkreis stellte eine Parteiverammlung den jetzigen Abgeordneten Julian Vorwardt wieder auf. Eine Minderheit protestierte gegen seine Aufstellung, weil er bei der Landtagswahl nicht im Wahlkreis Teltow-Weßow am 20. Februar sein Wahlrecht nicht ausüben konnte. Genosse Vorwardt erklärte, am 20. Februar habe er im Landtag eine wichtige Rede halten müssen. Entweder hätte er das Wählen aber die Rede unterlassen müssen; er hätte nur im Landtag oder in Richterleibe sein können. Er hätte die Rede als das wichtigere gehalten und es als seine Pflicht angesehen, den Seiten nicht zu verlassen, auf den ihn die Wähler gewählt hätten. Die Minderheit will die Parteileitung von Groß-Berlin anrufen, die entscheiden solle.

Als Kandidat für den 6. Wahlkreis wurde Genosse Adolf Hoffmann und für den 7. Genosse Paul Girsch wieder aufgestellt.

Die Parteioorganisationen im Wahlkreis Oders und Penderborn in Hestten den Parteifreier Otto Wraun, den Wahlkreiser G. J. (Girsch) und den Wahlkreiser Ernst Däumig als Kandidaten auf. Dieser Landtagswahlkreis hat drei Abgeordnete zu wählen. Bei der vorigen Wahl wurden die drei Mandate durch die freisinnig-conservative Verbindung befreit. Da inzwischen die proletarische Bevölkerung des Kreises stark zugenommen hat, so halten viele Parteigenossen den Wahlkreis für einen sehr ausichtsreichen.

Schiedsgericht im Göttinger Streit.

Am Sonnabend lagte in Göttingen unter dem Vorsitz des Genossen Müller-Berlin auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Göttingen ein Schiedsgericht gegen den Gemeinderat Julius Brüdner in Göttingen. Brüdner hatte im Mai vorigen Jahres, nachdem Genosse Winkel an Stelle des bisherigen Abgeordneten Lindemann von der Bezirkskonferenz für den Landtagswahlkreis Göttingen zum Kandidaten proklamiert worden war, an den Wahlkreisen erst durch einen sachlichen Anschlag eine Urabstimmung gefordert und, nachdem sich der Kreisvorstand und eine Göttinger Ortsvereinsverwaltung hiergegen gewandt hatten, durch einen zweiten Anschlag die schärfsten Angriffe gegen die Mehrheit der Göttinger Genossen und den neuen Kandidaten gerichtet. Den ersten Anschlag ließ Brüdner platzen, nachdem die Expedition der Freien Volkszeitung den Text als Inzertat nicht aufgenommen hatte. Brüdner glaubte sich zu solchen Vorgehen berechtigt, weil seiner Auffassung nach der Beschluß der Bezirkskonferenz nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Das Schiedsgericht war einstimmig der Meinung, daß Brüdner trotzdem seine Ansprüche an den Landtagswahlen machen durfte, sondern daß er sich an den Landesvorstand wenden und auf dessen schließliches Eingreifen bringen mußte. Das Schiedsgericht glaubte nicht, daß es einen Urteil darüber zu fällen, ob das, was von den bürgerlichen Gerichten und der Verwaltungsbehörde in Sachen der Göttinger Ortsvereinsverwaltung gegen Winkel festgesetzt wurde, richtig ist oder nicht. Es nahm an, daß Brüdner an die Wichtigkeit der von generischer Seite gegen Winkel angestellten Behauptungen bereits glaubt habe, ehe darüber herberliche Feststellungen gemacht wurden. Das Schiedsgericht stellte fest, daß Brüdner durch die beiden Anschläge an den Göttinger Wahlkreisen sich eines beträchtlichen Zuwachses beimessen gegen die Beschlässe der Parteioorganisation schuldig gemacht habe. Wer an den öffentlichen Anschlägen polemische Erklärungen gegen die Partei oder an anderer Stelle liefert, liefert den Gegnern der Partei Waffen und schädigt dadurch das Interesse der Partei. Da Brüdner durch die Angriffe in einem gewissen Maß die Grenze des innerhalb der Partei Zulässigen überschritten hat, erkannte das Schiedsgericht mit vier gegen drei Stimmen auf Ausschluß des Genossen Brüdner aus der Partei.

nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Das Schiedsgericht war einstimmig der Meinung, daß Brüdner trotzdem seine Ansprüche an den Landtagswahlen machen durfte, sondern daß er sich an den Landesvorstand wenden und auf dessen schließliches Eingreifen bringen mußte. Das Schiedsgericht glaubte nicht, daß es einen Urteil darüber zu fällen, ob das, was von den bürgerlichen Gerichten und der Verwaltungsbehörde in Sachen der Göttinger Ortsvereinsverwaltung gegen Winkel festgesetzt wurde, richtig ist oder nicht. Es nahm an, daß Brüdner an die Wichtigkeit der von generischer Seite gegen Winkel angestellten Behauptungen bereits glaubt habe, ehe darüber herberliche Feststellungen gemacht wurden. Das Schiedsgericht stellte fest, daß Brüdner durch die beiden Anschläge an den Göttinger Wahlkreisen sich eines beträchtlichen Zuwachses beimessen gegen die Beschlässe der Parteioorganisation schuldig gemacht habe. Wer an den öffentlichen Anschlägen polemische Erklärungen gegen die Partei oder an anderer Stelle liefert, liefert den Gegnern der Partei Waffen und schädigt dadurch das Interesse der Partei. Da Brüdner durch die Angriffe in einem gewissen Maß die Grenze des innerhalb der Partei Zulässigen überschritten hat, erkannte das Schiedsgericht mit vier gegen drei Stimmen auf Ausschluß des Genossen Brüdner aus der Partei.

Die Lohnkämpfe 1912.

Die amtlichen Statistiken über die Streiks und Ausperrungen, was man hätte sie aus sonst kein möglich, dokumentieren eine interessante Entwicklung der Lohnkämpfe der Arbeiterklasse. Was zunächst die Streiks anbetrifft, so gibt darüber folgende Tabelle Auskunft:

Jahr	Betriebe betroffenen	Streikenden	von den Streikenden betroffenen	Streikenden	feinen
1902	3 437	59 212	9 238	235	597
1904	10 321	113 490	449	1 488	1 213
1906	16 246	272 218	613	698	787
1908	4 774	68 382	206	437	704
1910	8 276	155 680	419	973	786
1911	10 640	217 890	797	1 186	853
1912	7 283	405 746	388	1 028	1 094

Ein allgemeines zeigt die Tabelle, daß mit dem Streiken und den Streikenden der Konjunktur auch die Lohnkämpfe zu- und abnehmen. Die Jahre der guten Konjunktur zeigen eine weit größere Zahl streikender Betriebe und streikender Arbeiter, als die Jahre der Krise. Aus der Tabelle ist aber auch unklar zu ersehen, daß die Arbeitsverhältnisse während der Zeit des guten Geschäftszuges weit günstiger abzuwickeln als in der Zeit des Absinkens.

Besondere Eigenheiten zeigt das Jahr 1912. Die Zahl der von Streiks betroffenen Betriebe ist zwar gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen; dafür ist aber die Zahl der Streikenden erheblich gestiegen. Das ist ein Beweis, daß im Jahre 1912 die Lohnkämpfe sich vorwiegend in den großen Betrieben abspielten. Das Jahr zeigt eine noch nie dagewesene Zahl von Ausländern und stellte somit einen „Rekord“ auf. Was freilich den Erfolg der Kämpfe anbelangt, so trat, wenn die amtliche Statistik recht hat, gegenüber dem Vorjahr eine Milderung ein. Immerhin ist die Zahl der erfolgreichen Streiks noch erheblich größer, als die der verlorenen.

Die von den Unternehmern vorgenommenen Ausperrungen haben folgende Gestalt erfahren:

Jahr	Betriebe betroffenen	Ausperrten	von den Ausperrten betroffenen	Ausperrten	feinen
1902	948	10 305	30	7	39
1904	1 115	23 760	44	33	43
1906	2 780	47 709	88	174	36
1908	1 758	49 718	100	69	8
1910	10 884	214 129	81	1 019	24
1911	1 933	138 354	73	146	13
1912	2 558	74 790	96	218	15

Daneben zeigen die Ausperrungen die allgemeine Tendenz einer Zunahme, gute Konjunkturjahre wirken hier eher auf eine Zurückbildung der Kampfeskraft der Unternehmern. Die Milderung des Jahres 1912 ist aber der großen Arbeiterausperrung zu danken. Der „Erfolg“ ist für die Unternehmern im allgemeinen ein recht zweifelhafter.

Gewerkschaften.

Der Verband der Sattler und Buchbinder im Jahre 1912. Die Sattler- und Buchbinderindustrie hatte im Jahre 1912 guten Geschäftszug, besonders die Buchbinderindustrie, in der durch den Vorkriegszug auch jetzt noch stielte Beschäftigung vorhanden ist. Der Mitgliederbestand im Verband betrug am Anfang des Jahres 18 819, am Schluß 14 846, mithin beträgt die Zunahme 539 Mitglieder. Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen war das Ergebnis außerordentlich erfolgreich, wenn auch nicht so lohnhaft wie 1911. Insgesamt wurden 82 Bewegungen für 195 Betriebe mit 3542 Beteiligten geführt. Hierbei kam es in 31 Stellen zur Arbeitseinstellung mit 844 beteiligten Personen, die 1248 Tage im Kampfe standen. Das Ergebnis dieser Bewegungen war ein gutes. In 53 Fällen konnte mit einem vollen Erfolge, in 14 Fällen mit einem teilweisen und in 15 Fällen mit einem Erfolg abgehandelt werden. Von den an der Bewegung beteiligten Personen erreichten 1211 eine wöchentliche Arbeitsverfügung von 2402 Stunden, 2076 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 4190 M., 1192 Personen erhielten Zulagen für Überstunden 988 erhielten Zuschläge für Sonntagsarbeit, 1645 sonstige Verbesserungen, 1917 tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, 265 weitere Verbesserungen ab. Für diese Lohnbewegungen wurden rund 50 000 M. verausgabt. Obgleich dieses Gewerbe mit unzulässigen Arbeitsverträgen zu rechnen hat, macht doch der Tarifvertrag den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Überdies umfost der Vierkaltelber Verein-Preis-Offenbach-Stuttgart den weitgrößten Teil der unter Vertrag arbeitenden Personen; die Reformvereinsindustrie kann als am günstigsten für den Tarifvertrag beschaffen werden. Aber auch die Volkswirtschaft, die sich in den letzten Jahren stetig entwickelt, wird die Arbeiterklasse in den letzten Jahren, wenn auch nicht in dem Maße, wie es eigentlich zu wünschen wäre. In der Arbeitslosenfrage kommt es jetzt

und häufiger zu Verschärfen von Beträgen. Am 1. Januar 1913 bestanden 70 Verträge mit 734 Beträgen in denen 1288 Personen beschäftigt sind. Davon gehören 8326 der Berufsorganisation an.

Die Gesamtsumme der Organisation betrug 346 871 M. Die Ausgaben erhöhten sich um 29 000 M., obwohl die Erwerbslosenversicherung, die im Sozialrat 21 933 M. beanspruchte, um 8000 M. zurückging, sie betrug 266 643 M. Die Organisation erzielte eine Mehrerlöse von 50 228 M. Das Vermögen der Hauptkasse liegt auf 372 144 M., das der Lokalität um 90 687 M., so daß der Gesamtvermögensbestand 558 700 M. erreicht hat. Die inwärtigen eingetretene Beitragsrückzahlung wird den Steuern noch beschaffen, so daß die Organisation sich allen Eventualitäten gewachsen glaubt.

Zur Ausperrung der Maler.

Ein Schlarfachervertrag der Malermeister. Gewerkschaften als Anrechnung ihres Ausperrungsbeschlusses haben die Unternehmer im Malergewerbe einen Vertrag ausgearbeitet, dessen unterjährige Anrechnung sie von den Gehältern verlangen. Dieser Vertrag, der nur während der Dauer des Tarifkampfes Gültigkeit haben soll, hat folgenden Wortlaut:

Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, E. V. Sitz Berlin. Der unterzeichnete Maler - Antreiber - Gehilfe

1. erklärt auf sein Ehrenwort, daß er keiner der nachstehenden Gehilfenorganisationen angehört: Zentralverband der Maler, Radierer usw. Deutschlands, Sitz Hamburg. Zentralverband der christlichen Maler, Radierer usw. Sitz Düsseldorf. Gewerkschaft der Maler und Radierer, Tisch-Dunker, Sitz Berlin.
2. Er erklärt ferner, daß er während der Dauer des Tarifkampfes weder die genannten Organisationen noch deren einzelne Mitglieder mündlich oder mit Geld oder sonstwie unterstützen wird.
3. Er erklärt ferner, daß er den bisherigen Reichstärk mit dem darin festgelegten Arbeitszeiten und Lohnsätzen als rechtsverbindlich anerkennt.
4. Der Unterzeichnete verpflichtet sich schriftlich, seinem Arbeitgeber, dem er dieses Schriftstück unterschrieben hat, sofortige Anzeige davon zu machen, falls er während der Dauer des gegenwärtigen Tarifkampfes nicht mehr gewollt oder nicht mehr in der Lage ist, die Leistungen unter den vorsehenden Ziffern 1, 2 und 3. auszuführen zu erhalten.
5. Der unterzeichnete Arbeitgeber verpflichtet sich, den unterzeichneten Gehilfen beizuhilfen, mit den Bedingungen des bisherigen Reichstärks zu beschäftigen, so lange der Gehilfe in diesem Schriftstück enthaltenen Bestimmungen erfüllt.
6. Nach Ablauf des gegenwärtigen Tarifkampfes mit den Gehilfenorganisationen und mit Abschluß eines neuen Reichstärkes soll dieses Schriftstück seine Gültigkeit verlieren.

Vorliegendes Schriftstück habe ich vor der Unterzeichnung genügend gelesen und verstanden und erkläre mein volles Einverständnis mit dem Inhalte. Meine Unterschrift teile ich aus und willig zur Verfügung. Einen Abdruck von diesem Schriftstück habe ich erhalten.

Ort, Datum, Unterschrift des Gehilfen, Unterschrift und Stempel des Meisters.

Erst werden die Meister, obwohl ein großer Teil von ihnen sich mit Händen und Füßen gegen den Ausperrungsbeschluss wehrt, terrorisiert, und nachdem so die Schlarfacher im Malergewerbe mit Wut und Krach ihren Willen durchgesetzt haben, sollen die anderen Meister dazu gezwungen werden, die ohnmächtige Schlarfacherie mitzumachen. Und so was jetzt dann über den "Terrorismus" der Arbeiter.

Die Vertragsverhandlungen im Holzgewerbe sind am Montag nachmittag 3 Uhr geführt worden. Sowohl in Berlin wie in den übrigen 50 Städten ist es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen; nur in Schwere in fünf Parteien noch nicht einig. Durch die erzielte Verständigung ist ein langwieriger Kampf vermieden worden.

Halle und Saalkreis.

Saale (Saale), den 11. März 1913.

Sozialdemokratisches Verein.

Heute, Dienstag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspark eine Sitzung nach § 12 der Satzungen des Sozialdemokratischen Vereins statt. Diskussionsfrage: ob am Ertrinken verhindert sind, müssen ihren Stellvertreter entsenden.

Am Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, finden in Halle Diskussionsveranstaltungen der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da in diesen Veranlassungen wichtige Vereinsangelegenheiten erledigt werden sollen, werden die Mitglieder ersucht, für einen recht starken Besuch zu agitieren. Die Versammlungslokale werden noch bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Lichtbildervortrag.

Am Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Volkspark ein Lichtbildervortrag der Frau Alma Wartenberg-Hamburg über: Das Wirtschaftliche der Gegenwart mit seinen ungesunden Schäden für die Volksgesundheit statt, worauf wir die Genossinnen wie auch die Genossen nochmals besonders aufmerksam machen wollen. Überall, wo die Vortragende dieses Thema bisher behandelte, hat die Vorführung außerordentlich gut angefallen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Wägens sind bei den Hauptkassen und im Verteilungsbüro, Saal 42-43, zu haben. Der Eintritt ist nur für Mitglieder und deren Angehörige.

Reichsgericht gegen Volksblatt.

Es ist eine höchst sonderbare Erscheinung: wenn wirklich einmal ein sozialdemokratischer Redakteur von einer Strafkammer freigesprochen wird, weil's den Richtern gar nicht anders möglich schien, dann hob bisher in den meisten Fällen das Reichsgericht aus rechtlichen oder formalen Gründen, oder weil der Reichsgericht nicht aus schließlich genau begründet ist, das freisprechende Urteil wieder auf. So ist es jetzt auch wieder mit dem freisprechenden Urteil der Strafkammer des Volksblattes, Genosse Koenen, vor der hiesigen Strafkammer in der Klage des Streikbrecheragenten Heberg-Planense wegen angeblichen Vergehens gegen das Urheberrecht ergiebt. Dieses so selbstverständlich erscheinende Urteil ist vom Reichsgericht gestrichen worden.

Genosse Koenen sollte am 12. Mai v. J. im Volksblatt die Heberg'schen für die Streikbrecherermittlung angefertigte Beträge unerlaubt nachgedruckt haben. Der angeblende Ver-

fasser der Beträge, der bekannte Streikbrecheragent Adolf Heberg, hat die Beträge als sein geistiges Eigentum an. Er stellte Strafanzug und war als Nebenkläger zugelassen. - Es handelt sich, wie wohl noch einmütig ist, in den Beträgen um die Vermittlung der Streikbrecher anlässlich des Fasenarbeiterstreiks. Den Beträgen waren in dem unter Anklage gestellten Artikel mehrere Briefe vom Ganzen, in der die Arbeiter zu Gruppen von circa 50 Mann bestellt und wie eine Ware verhandelt wurden. Nach den Beträgen mußten sich die Arbeitsmittler schriftlich verpflichten, die Stellen der Streikenden zu besetzen, um ihre Mitmenschen in den Kassen zu fallen. Die Genossen sollten pro Tag 40 M. Lohn, pro Überlehrung 50 Pf. und täglich freies Essen bekommen. Die Kosten der Eins- und Ausreise trug Herr Heberg, der als Vermittlungsstellen sich für das Stück 40 M. anrechnete. Im Falle einer "hierigen" Verurteilung des Streiks sollten die dem Staat so nützlichen Elemente eine Gratifikation erhalten.

Gegen die Beschuldigung, daß mit dem Abdruck der Beträge Heberg an seinem geistigen Eigentum geschädigt sei, wurde damals von dem Angeklagten und seinem Verteidiger angeführt: Dem Angeklagten konnte bei der Veröffentlichung keinen Augenblick der Gedanke kommen, daß er sich des unerlaubten Nachdrucks schuldig mache. Das Volksblatt, als Arbeiterblatt sei verpflichtet, solche Vorgänge im gesellschaftlichen Lohnkampf zu schildern. Die Generalkassier, die Leser des Volksblattes seien, hätten ein Recht, solche Veröffentlichungen zu verlangen. Die Redaktion habe sich verpflichtet, die Artikel zu veröffentlichen, die von hiesigen, ja von anderen, in die Hände aller möglichen Streikbrecher und Unternehmern gegeben sind, seien weder schädliche geistige Produkte, noch überhaupt geistiges Eigentum eines einzelnen. Außerdem sei das Urheberrecht, das Heberg über den Schutz von Werken der Literatur und Tonkunst, doch nicht dazu geschaffen, um solche Wadenschaffungen, wie die Heberg'schen, vor der Veröffentlichung zu schützen. Das Gesetz solle geistigen Arbeitern den Gewinn aus ihren Werken sichern. Bei der Kritik von Streikbrecherbeträgen an eine Verletzung dieses Urheberrechts zu denken, sei wirklich nicht sehr nahelegend. Im übrigen war der Artikel der Redaktion fertig geliefert. Wie die Abschrift der Beträge aufgefunden ist und ob Heberg sie überhaupt geschrieben wissen wollte, konnte die Redaktion in gar nicht wissen. Geschäftliche Angelegenheiten sollen ganz und gar nicht unter das Gesetz betreffend das Urheberrecht. Es liegt hier ebensowenig ein Verstoß gegen das Urheberrecht vor, wie in der Arbeit eines literarischen Kritikers, der Dramen oder Gedichtwerke rezensiert und dabei ganze Kapitel oder Gebiete abdruckt, eben nur zu dem Zweck, um sie zu kritisieren.

Die Strafkammer schloß sich, wie schon gesagt, diesen Ausführungen an und sprach den Genossen Koenen frei. In der schriftlichen Urteilsbegründung heißt es: "Nach seiner unwiderlegten Behauptung hat der Angeklagte in Formulare zu Beträgen veröffentlicht, sondern die Urkunden über die von Heberg und anderen tatsächlich abgeschlossenen Verträge. Vertragsurkunden sind aber keine Schriftwerke im Sinne des § 1. i. d. F. Gesetze. Jedenfalls konnte bei dieser Sachlage der Angeklagte, wie er getan, annehmen, daß seine etwaige archaische Vertragsformulare, die Urheberrecht zur Verfügung stellen, und werbendmäßige Verbreitung des fraglichen Schriftstückes nicht mehr betriebe. Der Angeklagte war daher freisprechend." Der Staatsanwalt stimmte dieser Entscheidung stillschweigend zu, indem er keine Revision anmeldete, und so mußte man hoffen, daß dieser so selbstverständliche Freispruch rechtskräftig werden würde. Aber die Herren in den roten Zelaren in Leipzig dachten, wie schon öfters bei solchen Urteilen gegen sozialdemokratische Redakteure, wieder anders.

Heberg, der als Nebenkläger zugelassen worden war, hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, in der er Verurteilung des Inhalts des § 1. r. i. g. i. t. e. Die von ihm, dem Nebenkläger, verwendeten Vertragsformulare seien zu unrecht nicht als Schriftwerke, denen ein geistlicher Schutz angedeihen zu lassen ist, angesehen worden. Sie seien ein eigenes geistiges Werk. Zum mindesten hätte das Urteil sich bei dieser Voraussetzung auf die Verurteilung des Angeklagten in Formulare zu Beträgen im Sinne des genannten Gesetzes stützen. Der Reichsanwalt hätte die Revision für begründet, indem er meinte, daß der Vorderichter hätte prüfen müssen, ob die Formulare geistige Erzeugnisse des Nebenklägers waren. Auch sei aus dem Urteil nicht ersichtlich, inwiefern der Angeklagte glaubhaft hat oder glauben konnte, daß für den Nebenkläger eine ausschließlich für diesen bestimmte Verwendungsbestimmung nicht mehr bestand. Aus diesem Grunde beantragte er, das Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzugeben. Diesem Antrage entsprechend erkannte das Reichsgericht.

Es wird in diesem Akt, den wir einer uns zugestellten Korrespondenz entnehmen, freis das abgedruckt, daß die falsche Strafkammer sich über die Frage, ob die Vertragsformulare geistiges Eigentum Heberg's seien, äußern mußte. Die Strafkammer hat nun aber festgestellt, daß nicht die Vertragsformulare, sondern schon unendlich ausgefüllte Beträge abgedruckt seien. Und solche im Geschäftsverkehr entfallende Papiere seien nicht als Werke der Literatur zu schützen.

Wie und ob das Reichsgericht sich zu dieser Frage geäußert hat, muß bis zur Aufstellung des schriftlichen Urteils abgewartet werden. Sollte aber wirklich das Gericht sich wieder alle vernünftige Gehegesauslegung zu einer Verurteilung kommen, was man gar nicht glauben kann, so wäre damit bewiesen, daß im Klassenrat selbst die harmlosesten Gehege systematisch zur Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage im Gegenwärtigen ausgenutzt werden.

Die Ausperrung im Malergewerbe.

Die Situation hat sich gegen gestern wenig geändert. Nach den Feststellungen der Kontrollisten sind 154 Ausperrerte eingetragen, darunter 32, die vor der offiziellen Ausperrung schon entlassen waren. Die Saales-Gezelle schwindet von 900 bis 400 Ausperrerten. Auf eine Handvoll kommt es eben bei der Berichterstattung des Internationalsverbandes nicht an. Auch über die Gründe der Ausperrung sind sich die Führer der Internationalsgruppe des Arbeiterverbandes nach Belangende des Schiedsgerichts diesem fast einmütig zugestimmt hatten, müssen jetzt, nachdem trotzdem ausgesperrt worden ist, die scharfsinnigen Gründe herhalten, um die prognostizierte Ausperrung zu rechtfertigen. So fährt z. B. die Saales-Gezelle in der Nr. 118: Nachdem die Gehilfen von der bezugslosen Verurteilung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung nicht abgeben wollten, seien sie ausgesperrt worden. Der Generalanleger aber schreibt in Nr. 59, weil sich die Gehilfen mit dem geplanten städtischen Arbeitsnachweis nicht einverstanden erklären wollten, habe man sie ausgesperrt. Gerade umgekehrt verhält es sich mit dem Arbeitsnachweis. Der § 11 im neuen Reichstärk, der unter Mitwirkung der Unparteiischen zustande kam, lautet:

„Zum Zweck der Durchführung, der im Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen sollen in allen Orten, wo die Verhältnisse es gestatten, zunächst Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage errichtet oder an kommunale Arbeitsnachweise angeschlossen werden. - Auch die Lohnfrage und Arbeitsbeschäftigung werden nach den Schiedsrichtern, obwohl diese keineswegs den Bedürfnissen der Malergesellen entsprechen, als für Halle geregelt angesehen. Nach den Schiedsrichtern erzielten die Gehilfen für Halle für 1913 2 Pf., für 1914 3 Pf., und für 1915 1 Pf. Lohnherabsetzung. Arbeitsbeschäftigung ist nicht durchgeführt worden. Auch in den umliegenden Städten, Delitzsch, Wernigerunde und Wittenberg, wo die Schiedsrichtersprüche für nur für 1913 eine Lohnherabsetzung von 2 Pf. und für 1914 von 1 Pf. im ganzen 3 Pf. für drei Jahre vorgesehen, kann der Arbeitgeberverband nicht unterlassen, durch grundlose Ausperrung einen Kampf um die Gehilfen zu führen.“

Für Halle und die umliegenden Städte war man bereits einig, nur auf Anweisung der Oberstadtmagistrat wurde die richtungslos, trotz aller Einigung ausgesperrt. Die Ortsverwaltung.

Schulentastungsfeier und Volksvorstellung.

Nächsten Sonntag (Bismarcksfest) nachmittags von 2 Uhr an findet im Volkspark die vom Bildungsausschuß arrangierte Schulentastungsfeier statt. Wie schon in den letzten Jahren, so werden die Gehilfen die Beträge, die die Direktoren der Stadtschulen zu gleicher Zeit auch die neunte Volksvorstellung angeht. Zur Aufführung kommt das Lustspiel Minna von Barnheim, das sehr bekannt ist und als Volksvorstellung schon früher wiederholt gegeben wurde.

Denjenigen Partien und Gewerkschaftsmitgliedern, die die Jugendreihe besuchen wollen, oder schon im Besitze von Theaterbillets sind, werden bis Mittwoch abend im Arbeitersekretariat die Billets umgetauscht. Soweit hierdurch Eintrittsarten zurückkommen, sind solche für die Genossen, die die Volksvorstellung besuchen, bis zum gleichen Zeitpunkt im Arbeitersekretariat zu haben.

Die Schulentastungsfeier soll in diesem Jahre besonders würdig begangen werden. Die volle Kapelle Engelmanns gibt ein gutes Konzert, außerdem wird der Arbeiterfängerchor mit. Die Besetzung wird vom Genossen Adolf Zieles gehalten.

Monatsbericht der Zentralbibliothek.

Im Februar wurden von 2073 (207) Besuchern an 4 (4) Sonntagen und 8 (9) Vertagungsabenden insgesamt 270 (294) Bücher entliehen, Ausgabeleihe Nord hatte 977 Besucher und 1339 Entlehnungen, Süd 1044 Besucher und 1308 Entlehnungen, Ammendorf 32 Besucher und 60 Entlehnungen. Auf die einzelnen Abteilungen verteilten sich die entliehenen Bücher wie folgt: Abteilung A: Partei- und Gewerkschaftsliteratur 124 (137), B: Geschichte, Biographien 182 (201), C: Naturwissenschaften 264 (331), D: Religion, Bibliophilie 42 (60), E: Romane, Novellen 118 (119), F: Jugendbücher 48 (52), G: Klassiker, Gedichte 48 (79), G: Sammelwerke 240 (267), I: Technik, Geographie, Sachbücher 83 (44). Die eingekammerten Bücher sind die des folgenden Monats des Vorjahres.

Es wurden also 134 Besucher und 233 Entlehnungen weniger gezählt als im Februar 1912. Allerdings ist auch eine Ausgabeleihe weniger zu verzeichnen.

Wir würden besonders darauf hinweisen, daß die Zentralbibliothek von jetzt an den Mitgliedern der Partei und allen Gewerkschaften unentgeltlich zur Verfügung steht, und erümden um recht eifrige Benutzung. Wenn einer Besuch muß das Mitgliedsbuch vorgelegt werden. Ausgabeleihe sind Dienstags und Donnerstags abends von 8-9 Uhr, Sonntags vormittags von 10-12 Uhr im Volkspark, Burgstraße 27, und Wallstraße, Verdenstraße 14.

* Die städtische Fleischverkauf nimmt, wie wir hören, bis auf weiteres ungeändert seinen Fortgang. Es wird nach wie vor beites russisches Schweinefleisch und zurzeit hiesiges Rindfleisch verkauft, wobei seit einigen Wochen die Preise des ausländischen Rindfleischs zuzunehmen und die Preisdifferenz immer mehr sich vergrößert. Der Fleischverkauf soll und wird voraussichtlich im Sommer 20 M. pro 20 kg zu betragen, indes wird mit Aussicht auf die hiesige Jahreszeit nur in den frühen Morgenstunden von 6-10 Uhr, Sonntags vormittags von 10-12 Uhr im Volkspark, Burgstraße 27, und Wallstraße, Verdenstraße 14.

* An die falsche Adresse gekommen. Zu dem nationalen Jahrbuchentwurf hatte die hiesige Bauinnung auch das Zimmergewerbe eingeladen. Sie sollte mit Staffage bilden an einem Aufzug nach dem Denmal der russischen und preussischen Getallenen von 1813 am Königspalast. Wie üblich schmähter Antrag, welche Umstände und hoher Gut war vorzulegen. Wie man auch über die Bauinnung, die Arbeiter haben mit einer solchen "Ehrung" nichts zu tun. Und die Bauarbeiter haben gegenwärtig mit den selben Unternehmern, die die Bauinnung repräsentieren, einen Kampf um bessere Gehaltstufen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestehen. Sie haben alle Ursache, den nationalen Jahrbuchentwurf abzulehnen. Der hiesige Arbeiterverband, das seit 1892 nicht mehr existiert, konnte übrigens schon deshalb nicht vertreten sein. Man hätte sich viel richtiger an den Zimmerverband, als die anerkannte Organisation der hiesigen Zimmerer, wenden sollen, vielleicht hätten die sich überletzt, spärlichen militärischen Postenbesetzung nach ihrem Denmal zu sehen? "

* Zugabe- und Rabatmarkenwesen vom Deutschen Handwerks- und Gewerkschaftsverband. In einer Eingabe an den Reichstag, in welcher erwidert wird, daß Gehege betreffend den unvollständigen Wettbewerb dahin zu ergänzen, daß verboten wird, in öffentlichen Mitteilungen zu veröffentlichen, Zugaben oder Geschenke, bestehend in Waren irgendwelcher Art, zu veröffentlichen oder zu veröffentlichen, oder in anderen als in der öffentlichen Schrift der Gewerkschaft des Deutschen Handwerks- und Gewerkschaftsverbandes das Zugabe- und Rabatmarken betreffend wie folgt:

"Auch dem faulsten Publikum wird in den allerersten Fällen ein wirklicher Vorteil zugewandt. Die Zugaben sind entweder wertvolle Gegenstände oder sie werden indirekt vom Publikum bezahlt, indem die gefasste Ware durch Geschenken, geringerer Güte ist oder die Kosten der Zugaben in den Preis der Waren bereits eingerechnet sind. Weiters liegt die Tatsache, daß von gewissen Gehegten dieselbe Ware ohne Zugabe billiger abgegeben wird als mit Zugabe. Bei den Zugaben wird schließlich mit der Reichs-Industrie der großen Publikumsgewinn, welches dessen gefasste Ware mit durch Geschenken, trüben will. Auf demselben Gehege beruht die Möglichkeit vieler Gehegten, ihren Kunden Rabatmarken zu veröffentlichen, die bei einer bestimmten Anzahl irgendeiner Bedarfs- oder Lebensmittel "Kaufgehegen" in dem betreffenden Lager eintauschen werden können.

Rabatmarken ebenso wie Zugaben als unzulässiger Wettbewerb bezeichnet zu sehen, mit dem nur auf die Verhältnismäßigkeit des Publikums spekuliert wird, daß wird den Rabatmarken weniger angenehm finden. Den Käufern ist jetzt aber wieder zum Zugewandten Male selbst von nachteiligster Mittelhandweise angeordnet, indem die Rabatmarken den Zugaben auf den Preis der gefassten Waren angeschlossen werden, daß sie angenehmer also zur Selbstbeurteilung.

Walhalla-Theater

Heute u. folgende Tage:

„Der lustige Kakadu“

Operette in 3 Akten von Wilhelm Jakoby und Arthur Lippach
Musik von Felix Lewin. 6846

Lachen! Lachen! Lachen!

Goldsachen

werden billig repariert von
R. Voos, Geisstr. 46.
Eigene Goldschmiede - Werkstatt.
Edelst. Arbeit. Versetzen u. Verarbeiten.
Kaufen alles Gold u. nehmen in Zahlung.

Edelst. - Goldschm. - Werkstatt.
Holsenzeln u. Silber, Messing,
Kupfer Arbeit. Versetzen u. Verarbeiten.
Große Auswahl billige Preise.
E. K. Wolf, Alter Markt 22.

Für Sanfterer gewandbringende Mittel.

G. Fuhrmann,
7477
Drogerie,
Medienstrasse 5.

Ein Pferd u. Wagen zu
Verkauf.
Franz Grosse, Schulberg,
Bismarckstr. 11.

Wäbel - Kleiderdrücke

von 31. März, Berlin 30. März
Schneiderei 25, Wilmstr. 70. 10. 11h.
Anstaltungen, große Auswahl.

Carl Bleier, 6820
Kleiderdrücke.

Büttcher-Waren dauerhaft
u. billig.
F. Harlebeck, Kleine Kirch-
str. 1/2 und Dachritzstr. 5.
2946 - Magdeburger Markt.

Apollo-Theater

Freitag abends 8 Uhr
bei gewöhnl. Vertiefen!
Mit vier noch nie gesehener
Pracht-Ausstattung:
Halle steht Kopf!

gr. Revue in 8 Akten u. 1. Teil
in 8 Bild. v. J. u. E. Bendiner.

Das Corps de Ballet
besteht aus 40 Damen!

3 gr. Ballett-Operettens:
Indienzauber.

Europa in Wallen.
Südbahnhof.

6830

Stadt-Theater

in Halle.

Direktion: Geh. Hofrat H. Richarda.

Wittwoch den 12. März:
181. Abonnm.-Vorh. 1. Viertel.
Mit neuer Ausstattung an
Dekorationen und Requisiten.

Novität:
Zum 2. Male:
Der Schmock der Madonna.
Oper in drei Akten
von Emmano Wolf-Ferrari.
(Ohne Ouverture).
Kassentoffn. 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
6888 Ende nach 10 Uhr.

Donnerstag den 13. März 1913
182. Abonnm.-Vorh. 2. Viertel.

Novität:
Zum letzten Male:
Der guttsitzende Frack.
Komödie in 3 Akten
von Gabriel Dregelo.

Schablonen

in
neuer großer Auswahl.
Drogerie G. Fuhrmann
- Reilstrasse 5. -

Fahrräder

werden sorgfältig repariert,
ausmütiert und vernickelt bei
Otto Hänsch,
Tarnstrasse 156.

6830 Großes Lager in
Neuen und gebrauchten Fahrrädern
sowie sämtlichen Ersatzteilen.

2418



Richard Flemming,
Halle a. S., Schmeerstraße 22.
Zweiggeschäft: Reilstraße 129
(Geh. Reilstraße).
- Optische Werkstatt. -
Große Auswahl, billige Preise!

Wärmer

6452
nebst Brust beheizten sich.
Wärmer - Abbleiten Schicht 404
Bismarck- Apotheke c. Zahnort

Sozialdemokratischer Verein

Halle - Saalkreis.

Wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge

für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und deren Angehörige über das Thema:
Das Wirtschaftsleben der Gegenwart mit seinen ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit,
gehalten von Frau Alma Wartenberg - Hamburg.

Die Reihenfolge der Vorträge ist folgende:

Für Halle:
Wittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27.
Für Böllberg-Wörmnitz:
Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zu Wörmnitz.
Für Nietleben-Zscherben:
Freitag, d. 14. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus z. Sonne, Nietleben. 6878

Für Halle:
Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, in den Glauchaer Ballfälen.

Die weiblichen wie männlichen Mitglieder der obigen Distrikte werden erpicht, recht zahlreich zu diesen Vorträgen zu erscheinen. — Eintritt nur für Mitglieder.

Das Rauchen wird nicht gestattet.

Eintrittskarten à 20 Pf., sind bei den Funktionären, für Halle außerdem im Parteisekretariat, Harz 42/43, zu haben.

Alle Parteischriften

empfehlen die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

1 Planino
verkauft
Geißstraße 25 6884

Circus Charles.

Letzte Tage.

Morgen, Mittwoch,
nachmittags
4
Uhr:

Große
Abschieds-
Vorstellung

zu den phänomenalen
volkstümlichen
Preisen!

10-2 Uhr *2021

Tierschau!

Antrittsbesuche empfehlen die
Antrittsbesuche empfehlen die

Billige und gute Gardinen

Dekorationen, Teppiche, Tischdecken, Diwanddecken.

Tüll-Gardinen weiss u. creme, Mtr. 60 50 45 35 25 M.	Tüll-Gardinen weiss u. creme, abgepasste Fenster = 2 Flügel . . . M. 4.75 3.50 2.20	Tischdecken in Tuch, Gobelin, Moquette, Melier-Flüsch, Leinen, Rips von M. 35.00 bis 1 ⁰⁰
Tüll-Gardinen weiss und creme, extra feine Qualität . . . Meter M. 1.00 90 75 Pf.	Tüll-Gardinen weiss und creme, prima Qualität, besonders schöne Muster, abgepasste Fenster = 2 Flügel . . . M. 9.00 7.75 6.50	Diwanddecken hochmoderne Muster M. 60.00 bis 6 ⁰⁰
Allovernet-Gardinen Stoffe, feisende neue Muster Meter von M. 4.50 bis 90 Pf.	Tüll-Stores weiss und creme M. 5.00 3.25 2.00	Leinen- u. Rips-Dekorationen behaltend, be- ständig etc. 2 Flügel und 1 Querbehang . . . M. 25.00 bis 3 ⁰⁰
Engl. Tüll- u. Erbstill-Borten Meter von M. 1.50 bis 10 Pf.	Halb-Stores in Allovernet und Erbstill, solide Ausführung von M. 4 ⁰⁰ an	Tuch- u. Velvet-Dekorationen neueste Muster 2 Flügel und 1 Querbehang . . . M. 35.00 bis 3 ⁰⁰
Körper-Spachtel-Borten Meter von M. 1.10 bis 30 M.	Künstler-Gardinen engl. Tüll, 2 Flügel u. 1 Querbehang . . . M. 9.00 7.50 5.00	Tüll-Bettdecken neueste Zeichnungen 1bettig M. 35.00 bis 2 ⁰⁰
Vorhangstoffe in Damast und Körper, verschiedene Breiten und Farben Meter von M. 2.80 bis 48 Pf.	Künstler-Gardinen Allovernet, mit Einmal und Volant, 2 Flügel u. 1 Querbehang M. 16.50 12.50 11.00	2bettig M. 45.00 bis 4 ⁵⁰
Künstlerleinen 110 cm breit, Meter M. 1.60 1.35 1 ²⁵ 130 cm breit, Meter M. 2.20 1.90 1 ⁴⁵	Künstler-Gardinen bunte Etamine in geschmack- vollen Farben, 2 Flügel und 1 Querbehang M. 18.00 13.50 11.50	

Sämtliche Gardinen in den bekannt guten, solidesten Fabrikaten.

Ein Posten

Axminster-Teppiche

in solidester Ware:

Qualität I	ca. 180x190 cm	182x225 cm	195x285 cm
	M. 4 ⁵⁰	11 ⁰⁰	18 ⁰⁰
Qualität II	170x230	200x300	
	M. 3 ⁰⁰	4 ⁴⁰	

Ferner empfehlen wir in grosser Auswahl:

Deutsche Teppiche

in Flisch, Tapestry, Bouclé, hochmoderne Muster, alle Größen und Preislagen.

Echte Orient-Teppiche

in farbenprächtigen Exemplaren.

Linoleum-Teppiche.

Läuferstoffe

in Jute, Wolle, Hausras, Arminster, Velour, Koko, Linoleum etc. viele Qualitäten, in verschiedenen Breiten.

Stoppdecken, Schlafdecken, Reisedecken, Sofakissen, Gobellins, Vitrugen, Möbelcrepe, Künstlerkaffee u. Saffins.

Moderne Sofa-Bezüge

in reicher Auswahl.

Gardinen-Muster

ca. 150 cm lang, 60 und 40 Pf.

Moquette-Reste

für ein Sofa (ausgewaschen)

M. 25.00 25.00 24.50 19⁵⁰

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/24. 6847

